

Patrice G. Poutrus

„Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als
„Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.917>

Reprint von:

Patrice G. Poutrus, „Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als
„Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft, in: Ankunft – Alltag – Ausreise.
Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft,
herausgegeben von Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus, Böhlau Köln,
2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 29), ISBN 3-412-14605-6, S. 221-266

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Patrice G. Poutrus (2005), „Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.917>

Ursprünglich erschienen als: Patrice G. Poutrus, „Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft, in: *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, herausgegeben von Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 29), ISBN 3-412-14605-6, S. 221-266

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 29

Christian Th. Müller
Patrice G. Poutrus (Hg.)

Ankunft – Alltag – Ausreise

Migration und interkulturelle Begegnung
in der DDR-Gesellschaft



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Gerda-Henkel-Stiftung

(483/ZZF 17785)

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

„Neue Wache, Berlin 1990“ (Foto: Stefan Moses – alle Rechte beim Fotografen)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-14605-6

Inhalt

CHRISTIAN TH. MÜLLER/PATRICE G. POUTRUS

Einleitung	9
------------------	---

CHRISTIAN TH. MÜLLER

„O’ Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag	17
1. Einführung.....	17
2. Mentalitätsgeschichtliche Annäherung an das Problem der Studie	22
3. Die Rolle der GSSD in der Geschichte der DDR	32
4. Deutsch-sowjetische Beziehungen und die Wahrnehmung der GSSD in unterschiedlichen Erlebniswelten.....	99
5. Schlussfolgerungen.....	133

MICHAEL SCHWARTZ

Vertriebene als Fremde. Integrationsprobleme deutscher Zwangsmigranten in der SBZ/DDR	135
1. Vertriebene als Randgruppe: Problemdiagnosen in der SBZ/DDR.....	137
2. Umstrittene Antidiskriminierungs-Politik „zum Schutze der Neubürger“	145
3. Fremdheit durch Eigenes: Kulturelle Differenz als Abgrenzungsfaktor.....	152
4. Von der Ausgrenzung zur Selbstabgrenzung: Stolz auf die Fremdheit	156
5. SED-Assimilationspolitik und fremde Vertriebene.....	161
6. Schluss.....	170

DAMIAN MAC CON ULADH

„Studium bei Freunden?“

Ausländische Studierende in der DDR bis 1970	175
1. Zum historischen Kontext.....	177
2. Das studentische Leben in den Universitäten	179
3. Jenseits der Universitätsmauern – die Interaktion mit der DDR-Bevölkerung.....	197
4. Ergebnisse.....	218

PATRICE G. POUTRUS

„Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft.....

.....	221
1. Erziehung als Idealfall: Die griechischen Flüchtlingskinder	224
2. Die Veteranen des spanischen Bürgerkriegs.....	233
3. Iraner und andere Fremde mit unsicherer Herkunft.....	241
4. Der Algerienkrieg als Bürgerkrieg in der DDR.....	248
5. Der schwierige Übergang vom Internationalismus zum Antiimperialismus: Das Beispiel Südafrika	253
6. Ausblick: Die chilenischen Emigranten in den siebziger Jahren	258
7. Fazit.....	264

DAGMARA JAJEŚNIAK-QUAST

„Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben.....

.....	267
1. Einführung.....	267
2. Klassifizierung der ausländischen Arbeitskräfte	270
3. Unterschiedliche Behandlung	277
4. Branchenunterschiede – Exkurs: EKO	284
5. Länderunterschiede.....	287
6. Probleme des Alltags – Möglichkeiten und Grenzen der Integration	288
7. Fazit.....	294

JONATHAN R. ZATLIN

„Polnische Wirtschaft“ – „deutsche Ordnung“?
Zum Umgang mit Polen in der DDR..... 295

1. Verordneter Antirassismus 298
2. Heuschrecken und Diebe zu Gast..... 301
3. Händler und Helden..... 307
4. Kulturdifferenz als Wirtschaftskonflikt? 315

Anhang

Abkürzungsverzeichnis..... 317

Literaturverzeichnis 323

Zu den Autoren 339

PATRICE G. POUTRUS

„Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft

Die von mir untersuchte Migrantengruppe der so genannten „polit. Emigranten“ – im Text auch als Flüchtlinge bzw. einfach als Emigranten bezeichnet – eignet sich nach meiner Überzeugung trotz ihrer vergleichsweise geringen Personenzahl besonders zur exemplarischen Bearbeitung des Themas „Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR-Gesellschaft“, da die Anwesenheit dieses Personenkreises in der DDR, wie die von allen Ausländern, stets an die politische Sanktionierung des SED-Staates gebunden war. Im Unterschied zu den ausländischen Vertragsarbeitern und sowjetischen Besatzungstruppen (GSSD) aber war ihr Aufenthalt in der DDR nicht an eine dauerhafte quasi kasernierte Unterbringung gebunden. Die Emigranten teilten so unmittelbar den Alltag in der DDR mit deren Bevölkerung. Für die „polit. Emigranten“ galt aber zugleich auch, dass sie – als „gute Fremde“ – zumindest als Verbündete, wenn nicht sogar als Vertreter der kommunistischen Staatspartei angesehen wurden, und zwar von der SED selbst wie auch von der DDR-Bevölkerung. In den Augen derjenigen, die heute ein affirmatives Erinnern an den „ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat“ verteidigen, avancierten die „polit. Emigranten“ und besonders die chilenischen Flüchtlinge daher zum wichtigsten Beleg für den hohen Stellenwert von Solidarität in der kommunistischen Bewegung und die daraus abgeleitete internationalistische Ausrichtung der Ausländerpolitik in der DDR.¹

Vielleicht ist dies auch ein Grund dafür, dass die zeithistorische Forschung – mit der prominenten Ausnahme der chilenischen „polit. Emigranten“ – von dieser Migrantengruppe bisher keine Notiz genommen hat.² Dennoch muss die Zeitgeschichte auf dem Feld der Migration nicht bei Null anfangen, um die Besonderheit dieser Gruppe von „Fremden“ in der DDR-Gesellschaft zu untersuchen. Sie kann sich vielmehr insbesondere auf die wegweisenden Arbeiten von Klaus Bade – dem Spiritus Rektor der historischen Migrationsforschung in Deutschland – stützen, in denen die politischen und gesellschaftlichen Dimensionen von Migration beispielhaft untersucht werden.³ Ohnehin war in der deutschen

1 Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990. Darstellung und Dokumente*, Rostock 1994.

2 Ein Forschungsüberblick dazu in: Patrice G. Poutrus, *Zuflucht im Ausreiseland. Zur Geschichte des politischen Asyls in der DDR*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2004, Berlin 2004, S. 355–378.

3 Vgl. dazu Klaus J. Bade (Hg.), *Sozialhistorische Migrationsforschung, Studien zur Historischen Migrationsforschung* 13, Göttingen 2004.

Gesellschaft die Stellung „Fremder“ stets Gegenstand öffentlicher Selbstreflexion und von einer langen Tradition der wissenschaftlichen Auseinandersetzung begleitet. Bereits zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts beschrieb der Soziologe Georg Simmel die prekäre Rolle des „Fremden“, die aus einer „Einheit von Nähe und Entfertheit“ bestehe.⁴ An die klassische Definition des „Fremden“ von Simmel („der, der heute kommt und morgen bleibt“) anknüpfend, entspann sich seitdem eine breite soziologische Debatte, die nach den sozialen Konsequenzen von Differenz in der modernen Gesellschaft fragt.⁵ Für die historische Forschung zur DDR lässt sich aus dieser Diskussion ableiten, dass eine jede Untersuchung eben nicht allein die „Fremden“, sondern auch die Aufnahmegesellschaften thematisieren muss: „Wer das Fremde als Fremdes verstehen will, muss nach den Bedingungen fragen, unter denen gesellschaftliche Strukturen und Prozesse als vertraut gelten.“⁶ Die Perspektive dieses Beitrages richtet sich daher nicht allein auf eine spezifische Gruppe von „Fremden“ in der DDR, sondern fragt vor allem nach den Strukturen, die „Fremdheit“ in der staatssozialistischen Diktatur konstituierten. Die Beschäftigung mit „Fremden“ in der DDR wird somit als integraler Bestandteil einer Geschichte des Alltags in der Diktatur verstanden, die Minderheiten, Randgruppen und Außenseiter dieser Gesellschaft und ihre Geschichten systematisch mit einbezieht.⁷

Dafür sind die nachstehenden politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für die „polit. Emigranten“ im SED-Staat von zentraler Bedeutung. Die Einreise von Ausländern allgemein und von Asylsuchenden im Besonderen in das Staatsgebiet der DDR war für die dort ansässige deutsche Bevölkerung wie auch für die Führung der herrschenden Staatspartei eine extreme Ausnahme, denn allgemein war die innere Mobilität in der DDR-Gesellschaft und die Migration in den SED-Staat über dessen vierzigjährige Existenz hinweg vergleichsweise gering geblieben. Im Gegensatz dazu war die Flucht aus der DDR – trotz erheblicher Schwankungen – eine gesellschaftliche Massenerscheinung.⁸ Im Kontrast dazu bot schon die erste Verfassung der DDR die formalrechtliche Möglichkeit für die Aufnahme politischer Flüchtlinge in den SED-Staat. Nach dem Text der DDR-Verfassung von 1949 wurde im Artikel 10 denjenigen Ausländern Asyl gewährt, die „wegen ihres Kampfes für die in dieser Verfassung niedergelegten Grundsätze im Ausland verfolgt werden“.⁹ In

4 Georg Simmel, Exkurs über den Fremden [zuerst 1908], in: Georg Simmel, Gesamtausgabe, hg. von Otthein Rammstedt, Bd. 11, Frankfurt/M. 1999, S. 764–771, hier S. 756.

5 Vgl. den Überblick bei Armin Nassehi, Der Fremde als Vertrauter. Soziologische Beobachtungen zur Konstruktion von Identitäten und Differenzen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47 (1995), S. 443–463, bes. S. 444–454, mit weiterführenden Literaturangaben.

6 Ebd., S. 449.

7 Diese Perspektive basiert auf der Arbeit der am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) angesiedelten Projektgruppe „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“. Vgl. dazu Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln u.a. 1999. Aus dieser ist später die ZZF-Projektgruppe „Fremde und Fremd-Sein in der DDR“ hervorgegangen.

8 Siegfried Grundmann/Irene Müller-Hartmann/Ines Schmidt, Migration in, aus und nach Ostdeutschland, in: Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, hg. im Auftrag der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) von Hansgünter Meyer, Berlin 1992, S. 1577–1609.

9 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Art. 10, Abs. 2, Berlin (Ost) 1949, S. 5.

der nun „sozialistischen Verfassung“ von 1968, Artikel 23,¹⁰ wandelte sich allerdings das Asylrecht in der DDR sehr deutlich in eine reine Kann-Bestimmung:

„Die Deutsche Demokratische Republik kann Bürgern anderer Staaten oder Staatenlosen Asyl gewähren, wenn sie wegen politischer, wissenschaftlicher oder kultureller Tätigkeit zur Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Interessen des werktätigen Volkes oder wegen ihrer Teilnahme am sozialen und nationalen Befreiungskampf verfolgt wurden.“¹¹

Ohnehin existierte in solchen Fällen, wie auch im allgemeinen Ausländerrecht der DDR, keine Rechtswegegarantie für die Asylsuchenden.¹² Die eigentlichen Entscheidungsträger waren die Führungskader der kommunistischen Staatspartei der DDR. Von Fall zu Fall waren das SED-Politbüro¹³ bzw. das Sekretariat des ZK der SED¹⁴ die zentralen, nichtstaatlichen Gremien, die über die Gewährung von Asyl bzw. über den dauerhaften Aufenthalt von Asyl suchenden Ausländern in der DDR entschieden. Von hier aus gingen die Anweisungen an das für die Exekution des Ausländerrechts verantwortliche Ministerium des Innern und die anderen staatlichen bzw. nichtstaatlichen Institutionen, die sich in der Hauptsache mit der sozialen Einbindung der „polit. Emigranten“ zu beschäftigen hatten. Die unmittelbare politische Kontrolle über diese Vorgänge übte entsprechend die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen aus.

Zugleich erklärt der zur internen Bezeichnung verwendete Zusatz „polit.“ für Asyl suchende Emigranten den durch politische Interessen eingeschränkten Aufnahmewillen der Staatspartei gegenüber Asyl suchenden Ausländern. Es entwickelte sich eine Aufnahmepraxis, die den jeweils aktuellen außenpolitischen Interessen der SED nachgeordnet war. Dabei lassen sich bis in die siebziger Jahre zwei Tendenzen nachweisen:

1. Die Unterstützung kommunistischer „Bruderparteien“, die hier am Beispiel der griechischen und spanischen Emigration dargestellt wird. Sie kann als Versuch einer internationalistischen und revolutionären Solidaritätspolitik angesehen werden. Allerdings war diese wesentlich determiniert von den Konflikten des Kalten Krieges und stets abhängig von den außenpolitischen Prämissen der Sowjetunion.
2. Die hier im Anschluss daran ausführlich dargestellte Aufnahme von Emigranten aus so genannten „Jungen Nationalstaaten“ in der DDR trug im Wesentlichen Züge einer nationalstaatlichen Interessenswahrnehmung zur Erlangung der außenpolitischen Anerkennung der DDR. Diese Politik stand durchaus in einer gewissen Spannung zur erstgenannten Tendenz.

10 Ebd., S. 25.

11 Vgl. Siegfried Mampel, *Die Sozialistische Verfassung der DDR. Text und Kommentar*, Frankfurt/M. 1972, S. 493f. Die dritte Auflage erschien mit Ergänzungen über die Rechtsentwicklung bis zur Wende im Herbst 1989 und das Ende der sozialistischen Verfassung, Goldbach 1997, S. 597f.

12 Vgl. Heidemarie Beyer, *Entwicklung des Ausländerrechts in der DDR*, in: Manfred Heßler (Hg.), *Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft. Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1993, S. 211–227.

13 Vgl. z.B. Politbürositzung vom 13. März 1950, Tagesordnungspunkt 11: Einreise des Chirurgen und griechischen Genossen T., SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A, Nr. 76, o. Bl.

14 Vgl. z.B. Sekretariatssitzung vom 24. Juli 1989, Tagesordnungspunkt 7: Aufnahme des Mitglieds des Politbüros des ZK der Irakischen Kommunistischen Partei H. M. M. und dessen Familie als politische Emigranten in der DDR, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A, Nr. 4423, o. Bl.

In diesem Beitrag wird jeweils dargestellt, welche besonderen Konsequenzen diese Politik des SED-Staates für die „polit. Emigranten“ hatte. Von besonderem Interesse sind dabei die in der DDR von Seiten des SED-Staates wie auch von der DDR-Bevölkerung den „polit. Emigranten“ abverlangten Integrationsanstrengungen. Dabei wird, wann immer möglich, die Perspektive des SED-Staates von derjenigen der DDR-Bevölkerung unterschieden. Allerdings sollen damit mögliche Berührungspunkte bzw. Übereinstimmungen nicht verdeckt werden. Der Zeitraum der näheren Betrachtung reicht von der unmittelbaren Gründungsphase der DDR über die Blockkonfrontation im Kalten Krieg bis hin zur Entspannungsphase in Europa. Es stehen somit jene Gruppen von „polit. Emigranten“ im Zentrum dieser Darstellung, die bisher kaum Aufmerksamkeit in der Forschung gefunden haben.

1. Erziehung als Idealfall: Die griechischen Flüchtlingskinder

Noch vor der Gründung des Staates DDR fand eine Gruppe von griechischen Bürgerkriegsflüchtlingen, mehrheitlich Kinder und Jugendliche, Aufnahme im damaligen Land Sachsen der Sowjetischen Besatzungszone. Diesen ersten Asylsuchenden folgte im Juni 1950 eine größere Anzahl griechischer Emigranten – ca. 700 Personen –, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Widerstandes im griechischen Bürgerkrieg in den SED-Staat einreisten. Nach Stefan Troebst wurden in der SBZ und späteren DDR ca. 1.100 elternlose und minderjährige Flüchtlingskinder aufgenommen. Allerdings schwanken die Zahlen der in der DDR lebenden Flüchtlingskinder in den DDR-Quellen und den griechischen Überlieferungen erheblich. Als Höchstzahl wurden 1981 von der griechischen KP 1.620 angegeben.¹⁵ Den Gründen für diese Abweichungen soll hier nicht weiter nachgegangen werden. Es kann aber festgehalten werden, dass die DDR-Behörden immer mit Zahlen um bzw. leicht über 1.000 griechischen Emigranten in der DDR operierten. Andreas Stergiou gibt für 1960 unter Bezug auf SAPMO-Quellen 1.317 griechische Kinder und Jugendliche an.¹⁶

In die DDR reisten die griechischen Bürgerkriegsflüchtlinge jedoch nicht auf Grund ihrer eigenen Entscheidung, sondern infolge einer abgestimmten Aktion innerhalb des sowjetisch dominierten Ostblocks. Insgesamt wurden so mehr als 50.000 Flüchtlinge über Osteuropa verteilt, wobei der größte Anteil auf die Sowjetunion selbst entfiel. Gemessen daran war der Beitrag der DDR an dieser Aktion eher gering. Wohl gerade auch deshalb bemühte man sich von Seiten des SED-Staates intensiv um die jungen griechischen Emigranten. Noch im September 1948 wurde auf Beschluss der SED-Führung ein „Hilfskomitee für das demokratische Griechenland“ gegründet, das anfänglich eher propagandistische Aufgaben erfüllte. Unter andauernder Mitwirkung der griechischen KP (KKE) und nach einigen Zwischenlösungen wurde schließlich 1950 im sächsischen Radebeul ein umfangreicher Gebäudekom-

15 Stefan Troebst, Die „Griechenlandkinder-Aktion“ 1949/50. Die SED und die Aufnahme minderjähriger Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in der SBZ/DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), H. 8, S. 717–736.

16 Andreas Stergiou, Die Beziehungen zwischen Griechenland und der DDR und das Verhältnis der SED zur KKE. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie der Universität Mannheim, Mannheim, Februar 2001, S. 42.

plex zum Heimkombinat „Freies Griechenland“ erklärt, in dem die Mehrzahl der minderjährigen Bürgerkriegsflüchtlinge untergebracht wurden. Hier erhielten sie ihre Schulausbildung anfänglich unter der Leitung der „Volkssolidarität“, der einheitlichen DDR-Wohlfahrtsorganisation, und später unter der Aufsicht des Ministeriums für Volksbildung.¹⁷

Unterrichtet wurden die Kinder und Jugendlichen sowohl in deutscher Sprache, nach den Maßgaben des DDR-Bildungssystems der Zeit, und in griechischer Sprache, mit dem Ziel, sie als politische Emigranten auf eine Rückkehr in ein befreites und sozialistisches Griechenland vorzubereiten. Zur patriotischen Betreuung der Kinder und Jugendlichen wurden schließlich durch die KKE noch griechische Erzieher nach Radebeul entsandt. Diejenigen Heranwachsenden, die nach dem Eintreffen in Radebeul für eine Schulausbildung schon zu alt waren oder diese dort später abschlossen, wurden in sächsischen Volkseigenen Betrieben in Facharbeiterberufen ausgebildet. Einige griechische Emigranten erhielten auch die Möglichkeit zum Studium an einer Hoch- oder Fachschule in der DDR. Insgesamt hatten bis 1960 nach Angaben des Komitees „Freies Griechenland“ 960 Griechen einen Facharbeiter- und 201 einen Fachschulabschluss erworben. 67 von ihnen studierten an Hochschulen und Universitäten, und immerhin 37 junge Griechen hatten eine Parteischule der verschiedenen Ebenen absolviert.¹⁸

Trotz der allumfassenden Betreuung im Heimkombinat verliefen Erziehung und Ausbildung der griechischen Flüchtlingskinder nicht nach den Vorstellungen der verantwortlichen Erzieher und Parteifunktionäre. Ende 1956 wurde in einem Wandzeitungsartikel öffentlich moniert, dass die zu dieser Zeit im Heim angewandten Erziehungsmethoden eine klare Privilegierung der griechischen Jugendlichen gegenüber dem darstellten, was deutsche Jugendliche an erzieherischer Strenge in vergleichbaren Lehrlingsinternaten vorfänden. Insbesondere die im Heimkombinat „Freies Griechenland“ angeblich fehlende Möglichkeit, abweichendes Verhalten der jugendlichen Insassen bei mehrfachem Disziplinverstoß mit Exmittieren zu ahnden, wurde als ungerechtfertigte neue Laschheit angeprangert. Empfohlen wurde deshalb eine Rückkehr zur „bewährten“ Heimordnung, in der die Ausgehzeit für die griechischen Kinder und Jugendlichen stark beschränkt war, das Selbststudium nach dem Schulunterricht bzw. der Lehrausbildung streng eingehalten wurde und vor allem Liebesverhältnisse zwischen den jugendlichen „Heimkindern“ in keinem Fall gestattet waren. Für diese vermeintlich verloren gegangene Strenge sollten die heranwachsenden Flüchtlingskinder der Heimleitung auch eher dankbar als böse sein.¹⁹

Dass es sich bei diesem Artikel eher um eine Drohung als um eine Klage handelte, wird dadurch deutlich, dass die Liste der vorgefallenen Missetaten der griechischen Jugendlichen mit zwei erfolgten „Rauswürfen“ eingeleitet wurde. In bester stalinistischer Manier wird hier die vollstreckte Strafe zum Beleg für die Schuld der betroffenen Jugendlichen genommen, indem ihr Vergehen unerwähnt bleibt. Allerdings wird auch klar, worin der Artikelautor weitere abzulehnende Verhaltensweisen erkannte. Für ihn waren schlechte Leistungen in Schule und Ausbildung, das steigende Interesse am anderen Geschlecht unter den Jugendlichen, die nachweisbare Begeisterung für westliche Musik und Tänze und die mangelnde Bereitschaft der Heiminsassen, jede ihnen aufgetragene Arbeit auch auszuführen, durch eine

17 Troebst, „Griechenlandkinder-Aktion“, S. 729.

18 Stergiou, Beziehungen, S. 43.

19 2. Artikel des Genossen H. vom 29.10.1956, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 138.

inzwischen weniger harte Ordnung im Heimkombinat verursacht.²⁰ Offenkundig waren für den SED-Genossen H. – wie auch für die verantwortlichen Funktionäre im Apparat des ZK – die hier vorgestellten Abweichungen von den Normen der Erziehungsdiktatur im SED-Staat unerträglich, und so schlussfolgerte er daraus:

„Anarchie, Gesetzlosigkeit sind jedenfalls keine Methode. Aber nicht wenige fordern sie heute – bestimmt zu ihrem eigenen Schaden und zum Schaden ihrer Heimat.“²¹

Wie zur Bestätigung dieser negativen Erwartungen sah sich die für die griechischen Flüchtlinge zuständige SED-Bezirksleitung Dresden im folgenden Frühjahr genötigt festzustellen, dass die in die Staatspartei aufgenommenen Griechen nicht den an sie gerichteten Ansprüchen entsprachen. Demnach las nur ein geringer Teil der SED-Mitglieder unter den griechischen Emigranten die Parteipresse, und die Teilnahme an den ideologischen Schulungen des Parteilehrjahres galt als sehr unregelmäßig. Diese Verstöße gegen die Parteidisziplin, so folgerte man in der Bezirksparteileitung in Dresden, konnten das geringe „politisch-ideologische Niveau“ der Genossen aus Griechenland und ihren Mangel an Durchsetzungskraft gegen über den „parteilosen Griechen“ erklären. Deshalb wurden strikte Kontrollen unter den griechischen SED-Mitgliedern angeordnet, um ihre Teilnahme an den Parteis Schulungen, aber auch das tägliche Lesen der Parteipresse sicherzustellen. Diesen Forderungen wurde zusätzlich Nachdruck verliehen, indem offen von möglicher „Parteierziehung“ gesprochen wurde, was gleichbedeutend mit der Androhung von Parteistrafen war. Jegliche Nachsicht gegenüber den griechischen SED-Mitgliedern sollte unterbleiben:

„Die Parteileitungen dürfen sich nicht davon leiten lassen, daß man nicht so streng sein kann, weil es sich um Griechen handelt. Damit dienen wir weder unserer Partei, noch den griechischen Genossen und [der] kommunistischen Partei Griechenlands.“²²

Die Reichweite derartiger Kontrollmaßnahmen gegenüber den griechischen Emigranten beschränkte sich aber nicht allein auf ihre Pflichten als Parteimitglieder und vorbildliche Schüler, Lehrlinge oder Studenten. Gerade der private Kontakt nach Griechenland wurde überwacht und, wenn möglich, sogar unterbunden. So wurden beispielsweise Pakete der Flüchtlingskinder nach Griechenland von den DDR-Behörden – dem Amt für Warenkontrolle und dem Bezirkszollamt – nur unter großen Schwierigkeiten oder auch überhaupt nicht angenommen.²³ Derartige Restriktionen standen jedoch in Spannung zu dem immer wieder an die griechischen Emigranten gerichteten Anspruch, den Kontakt zu ihrem „Vaterland“ aufrechtzuerhalten. Gefordert war hier offenkundig ein eher abstraktes Bekenntnis zum Kampf des griechischen Volkes gegen die „imperialistische Unterdrückung“, nicht aber die Wiederherstellung familiärer Beziehungen.

Aus einem Bericht der SED-Bezirksleitung Halle lässt sich ablesen, dass nicht allein jugendlicher Überschwang und persönliche Unreife der Grund für die kritisierten Abweichungen von der vorgegebenen Norm der Parteidisziplin waren. Vielmehr waren es die jüngsten Entwicklungen in der KPdSU nach dem XX. Parteitag von 1956 und der damit in Zusam-

20 Ebd., Bl. 139.

21 Ebd., Bl. 140.

22 SED-Bezirksleitung Dresden, Schreiben vom 24.4.1957; Betr.: Griechische Emigranten – Mitglieder der SED, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 149.

23 Abt. Internationale Verbindungen beim ZK der SED, Schreiben vom 11.9.1957; Betr.: Paketsendungen nach Griechenland, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 177.

menhang stehende Wechsel in der Führung der Griechischen KP, die bei einigen Emigranten zu deutlicher Verunsicherung geführt hatten. Immerhin war die KKE strikt an der Moskauer Linie ausgerichtet gewesen und verdankte die Partei ihr Überleben im Exil der Treue zu Stalin. Nun verursachte die öffentliche und parteiinterne Kritik am inzwischen verstorbenen sowjetischen Diktator bei den jungen Emigranten in der DDR einen rapiden Verlust an Vertrauen in die Führungsstärke der kommunistischen Bewegung. Interessanterweise wird diese Reaktion unter den griechischen Emigranten innerhalb der SED nicht mit der vorsichtigen Kritik an Stalin in Verbindung gebracht, sondern mit der fehlenden Lebenserfahrung dieser jungen Genossen erklärt. Man war deshalb in Halle auch zu dem Schluss gekommen, dass die jungen Emigranten noch nicht ausreichend fest mit der Partei verbunden seien:

„Deshalb ist es die Aufgabe unserer Partei, sich mehr als bisher um die Erziehung der griechischen Genossen zu standhaften Kommunisten zu kümmern. Sie haben noch nicht die richtige Einstellung zum sozialistischen Eigentum. Deswegen muß man sich sehr um sie kümmern. Aber sie brauchen keine Begünstigung gegenüber unseren Werktätigen.“²⁴

Die Gefahr der ungerechtfertigten Bevorzugung der griechischen Emigranten drohte in den Augen der mit ihnen beschäftigten SED-Funktionäre überall. Allerdings fand die Wirkungskraft der Partei-Pädagogik wiederholt ihre Grenzen im privaten Leben der griechischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Beispielsweise war man in Radebeul und Ost-Berlin völlig überrascht, als ein „griechischer Genosse“ aus der DDR in die Bundesrepublik flüchtete. So konnte man kaum mehr tun, als diesen im Nachhinein aus der Partei auszuschließen und die Gründe für seine Flucht „in seinem sehr schwankenden Wesen“ zu suchen. Als Zeichen dieser Charakterschwäche galt bei dem geflohenen K. der anhaltende Unwille, sich nach einer gescheiterten Fachschulausbildung erneut zu qualifizieren. So wurde aus einem guten Lehrling ein Arbeiter mit schlechter Arbeitsdisziplin, der nicht mehr auf die Staatspartei, sondern nur auf seine junge Frau hörte und deshalb nach Westberlin zum Einkaufen fuhr. Als dieses Verhalten wiederholt Gegenstand öffentlicher Versammlungen wurde, wich er dem Druck schließlich in Richtung Westen aus.²⁵

Überhaupt galt in den Augen der verantwortlichen SED-Kader die unter den jungen griechischen Emigranten sich ausbreitende Neigung zur Gründung von Familien als größter Feind für jede parteiliche Einflussnahme auf das Kollektiv im Heimkombinat in Radebeul. Schon allein deshalb sollte es zu einer grundsätzlichen Überprüfung aller griechischen Emigranten kommen.²⁶ Die SED-Parteileitung des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg forderte Ende 1957, im Zusammenhang mit der „Republikflucht“ eines ungenannt gebliebenen griechischen „polit. Emigranten“ an den anderen Griechen im Werk ein deutliches Exempel zu statuieren. Der offenkundige Unmut in der Parteileitung des Werkes begründete sich aber nicht allein aus diesem „besonderen Vorkommnis“. In diesem Zusammenhang warfen die betrieblichen SED-Kader den dort beschäftigten Griechen insgesamt ein aus ihrer Sicht unerträgliches und gesetzwidriges Verhalten vor: wiederholt festgestellte Besuche und Ein-

24 SED-Bezirksleitung Halle, Schreiben vom 3.12.1957; Betr.: Griechische Emigranten in Bad Dürrenberg, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 211.

25 Abt. Internationale Verbindungen beim ZK der SED, Schreiben vom 14.11.1957; Betr.: Griechische Emigranten, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 214.

26 Ebd., S. 215.

käufe in Westberlin. Zugleich wurde auch noch bemängelt, dass die sich abzeichnende Bildung von Familien unter den griechischen Emigranten eine Gefahr für das Heimkollektiv darstellte. Hier sollten die Emigranten keine persönlichen Entscheidungen treffen dürfen:

„Sie sind zum lernen zu uns gekommen. Wenn sich die Freunde darauf berufen, daß sie erwachsen sind, so muß man ihnen sagen, daß man dann mehr Verständnis und Disziplin erwarten könne, als von Kindern und Lehrlingen.“²⁷

Diese Zurechtweisung der Griechen, denen der Status des zu belehrenden Schülers zugewiesen wurde, war mit der Drohung verbunden, dass die griechischen Emigranten auch den ihnen zuerkannten Status als „Verfolgte des Naziregimes“ (VdN) einbüßen könnten. Begründet wurden dieses rabiate Ansinnen mit dem Argument, dass auch für die „polit. Emigranten“ die Gesetze und Regeln der DDR gelten würden. Von Seiten des Zentralkomitees blieben solche scharfen Töne unwidersprochen. Offenkundig galt es im SED-Apparat nicht nur als legal, sondern auch als legitim, den Status eines VdN einzubüßen, wenn man sich nicht konform zur Parteilinie verhielt.²⁸ In einer derart durch Misstrauen und Missgunst aufgeheizten Atmosphäre konnte schon ein geringfügiger Anlass dazu führen, dass die Tugendwächter des SED-Staates eine weitere Bestätigung für ihre moralische Entrüstung fanden.

Auf einer Silvesterfeier der griechischen Emigranten im Heimkombinat in Radebeul hatte man „das Eindringen der westlichen, dekadenten Unkultur“ nicht verhindern können. Einige der jugendlichen Heimbewohner hatten sich an diesem Abend erlaubt, Samba und Rock'n'Roll zu tanzen. Das konnte für die Betroffenen nicht ohne Folgen bleiben, denn diese westlichen Tänze waren nach Meinung der aus diesem Anlass einberufenen Versammlung „nicht mit sozialistischer Kultur zu vereinbaren“ und sollten auch in Zukunft „nichts [...] [im] kulturellen Leben der griechischen Emigrantengemeinschaft zu suchen haben“.²⁹ Infolge dieses dramatisierten Vorfalles wurde sechs Teilnehmern der Silvesterparty der Besuch des Kulturhauses untersagt und acht griechischen Flüchtlingen der Status des VdN aberkannt. Als letzte Konsequenz wurden schließlich fünf Griechen aus der DDR ausgewiesen, davon vier nach Griechenland und einer nach Rumänien.³⁰ Dass mit diesem Vorgehen der Flüchtlingsschutz durch das universelle Abschiebeverbot des Asyls aufgegeben wurde, fiel angesichts der als Priorität erachteten Abwehr des „Eindringen[s] der bürgerlichen Ideologie“ im Arbeiter-und-Bauern-Staat in diesem Fall nicht ins Gewicht.

Alles in allem können die drei zwischen 1950 und 1957 in den Unterlagen der SED verzeichneten Fälle von Republikflucht unter den griechischen Emigranten, gemessen an der Entwicklung der Massenflucht aus der DDR-Gesellschaft und angesichts des angepassten Mehrheitsverhaltens in dieser Migrantengruppe, als geringfügige Ausnahmen angesehen werden.³¹ Gleichwohl rechtfertigte es der ideologische Abwehrkampf der SED-Kader gegen

27 Betriebsparteileitung des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, Schreiben vom 18.12.1957, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 212.

28 Zu Struktur und Funktion der VdN siehe Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler (Hg.), So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen, Reinbek 1994, S. 1134–1138.

29 Überarbeiteter Vorschlag der Parteiversammlung vom 2.1.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 219.

30 Ebd., Bl. 220.

31 Schreiben vom 26.1.1959; Betr.: Griechische Emigranten in der DDR, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 292.

jedes abweichende Verhalten unter den Flüchtlingen wie selbstverständlich, die Post der griechischen Flüchtlinge zu kontrollieren bzw. zu öffnen, um diese vor „üblen Hetzschriften“ aus dem Westen zu schützen.³² Das Primat politischer Kontrolle im Verhältnis der SED zu den „polit. Emigranten“ ließ es auch in den frühen sechziger Jahren nicht zu, der in der DDR verbliebenen Mehrheit der griechischen Flüchtlinge eine landsmannschaftliche Organisation zuzugestehen. Alternativ dazu wurde den Griechen die Mitgliedschaft in der Staatspartei bzw. den anderen Organisationen des SED-Staates angeboten. Der Grund dafür lag für die Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED auf der Hand: „Da haben wir eine Kontrolle [...]“.³³

Diese umfassende Kontrolle allein war aber kein Garant für einen konfliktfreien Integrationsprozess in die sich nach 1961 langsam verfestigende DDR-Gesellschaft. Paradoxe Weise wurden in den Folgejahren nun wiederholt gerade jene griechischen Migranten zum Problem für die Staatspartei, die vor dem Mauerbau als standhaft bzw. politisch zuverlässig gegenüber den „imperialistischen Angriffen“ gegolten hatten:

„In der letzten Zeit treten bei einigen griechischen Genossen Unklarheiten bzw. Argumente auf zu den Fragen der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der kommunistischen und internationalen Arbeiterbewegung. Im VEB Flugzeugwerft vertritt der griechische Genosse P. folgende Meinung: Die Taten von Stalin werden nicht genügend gewürdigt. Die Umbenennungen von Straßen und Städten sind nicht richtig. Die Genossen von Albanien handeln nach dem proletarischen Internationalismus. Sie haben die griechischen Partisanen mit Brot und Waffen versorgt. Jugoslawien ist uns in den Rücken gefallen und hat die Faschisten in unser Land gelassen.“³⁴

Die von KPdSU-Generalsekretär Chruschtschow betriebene Annäherung an Titos Jugoslawien und die sich parallel zuspitzende Auseinandersetzung mit Maos Volksrepublik China waren in dieser Zeit gerade für jene griechischen Genossen unverständlich, die immer noch an eine sozialistische Revolution in ihrem Heimatland glaubten. Für diese Stalinisten unter den griechischen Emigranten war die pragmatische Vorsicht in der sowjetischen Außenpolitik der Zeit glatter Revisionismus. Anders als die SED-Führung waren sie einfach nicht bereit, in solchen prinzipiellen Fragen den Schwenks der sowjetischen Führer bedingungslos zu folgen:

„Der Genosse Z. aus dem VEB Feinmeß Dresden: Für mich ist nach Stalin Mao Tse Tung der zweitwichtigste Theoretiker. Bevor ich den Darlegungen Chruschtschows und anderer über die Koexistenz trauen kann, will ich erst die genauen wissenschaftlichen Definitionen von Mao Tse Tung haben. Wenn in der Kuba-Angelegenheit Mao Tse Tung nicht abgehalten worden wäre, wäre das Kuba-Problem und auch die Taiwan-Frage sofort endgültig gelöst worden.“³⁵

Hinter solchen Äußerungen verbarg sich nicht nur die in der Diaspora anzutreffende langfristige Radikalisierung und Zersplitterung der Migrantengruppe sowie eine Entfremdung

32 Abt. Internationale Verbindungen beim ZK der SED, Mitteilung vom 26.6.1958, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 259.

33 Stellungnahme der Abteilung Internationale Verbindungen zum Bericht des Genossen A. vom 4.3.1962, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 252/a, Bl. 435.

34 Abteilung Internationale Verbindungen, Schreiben vom 26.1.1963; Betr.: Einige Erscheinungen unter den griechischen Emigranten, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

35 Ebd.

von den Verhältnissen im Heimatland,³⁶ sondern auch der damit verbundene Wunsch, dass die politischen Verhältnisse im Aufnahmeland so bleiben sollten wie zum Zeitpunkt der Aufnahme. Diese Sehnsucht nach Rückkehr in die Ausgangslage der Aufnahmezeit kann auch als Wunsch nach einem gesicherten Aufnahmestatus interpretiert werden. Derartige Überlegungen waren den verantwortlichen SED-Genossen im Haus des ZK jedoch offenkundig fremd. Sie reagierten auf die sich abzeichnenden Auseinandersetzungen unter den griechischen Kommunisten in der DDR mit Bestürzung und der gesamten Wucht des Apparates:

„Am Montag dem 28.1.63 wird eine Beratung mit den Genossen T., A. und nach Möglichkeit der Genossin A. durchgeführt, wobei sie uns klar darlegen sollen, wie sie gegenwärtig den politisch-ideologischen Zustand unter den griechischen Genossen und Parteilosen einschätzen. Die Bezirksleitung wird eine Gruppe von Mitarbeitern einsetzen, die sich selbst einen konkreten Überblick über den politisch-ideologischen Zustand verschafft. Sie sollen eine Vielzahl von Aussprachen mit griechischen Genossen durchführen und auch bestimmte Informationen aus Betrieben, wo sie arbeiten, einholen. Das Ergebnis dieser Arbeit wird in einer Parteiaktivtagung der griechischen Genossen voraussichtlich in der Woche vom 4. zum 9. Februar stattfinden. Genosse Krolikowski, 1. Sekretär der Bezirksleitung und Genosse Richter, Sekretär, werden an dieser Aktivtagung teilnehmen. Daran anschließend findet eine Parteiversammlung aller griechischen Genossen statt.“³⁷

Es ist bezeichnend, dass an dieser Stelle die politischen Konfliktpunkte in der Auseinandersetzung nur als Abweichung von der Parteilinie der moskautreuen SED zur Sprache gebracht wurden. Deren Politik selbst wollte und sollte man nicht zur Debatte freistellen. Von den ca. 1.000 berufstätigen griechischen Emigranten in der DDR, die alle Mitglieder der Einheitsgewerkschaft FDGB waren und ca. 450 Mitglieder in der SED stellten, wurde ausschließlich verlangt, der Partei auf ihren wechselnden Wegen bedingungslos zu folgen. Eine politische Sonderrolle, und sei es in beipflichtender Haltung, wurde den griechischen Emigranten nicht zugestanden: Als sich einige von ihnen anboten, für die DDR mit politischer Arbeit unter den vielen sich inzwischen in der Bundesrepublik aufhaltenden griechischen „Gastarbeitern“ tätig zu werden, wurde dies von der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK abgelehnt. Die daraus erwachsende Gefahr mehrfacher „Westreisen“ wog schwerer als der erwartete ideologische Effekt: „wir [sind] der Meinung, daß damit eine große Reisetätigkeit verbunden ist und damit ein Unsicherheitsfaktor entsteht, den wir in Berlin nicht gebrauchen können.“³⁸ Als sich allerdings Ende 1963 abzeichnete, dass sich in der KKE ein von den rumänischen Kommunisten geförderter reformistisch-gemäßigter und ein orthodox-moskautreuer Flügel bildeten, war sich die Führung der SED sicher, dass dadurch von den in der DDR lebenden Griechen keine Probleme ausgehen würden:

36 Robert Hettlage, *Diaspora. Umriss einer soziologischen Theorie*, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 16 (1991), S. 4–24.

37 Abteilung Internationale Verbindungen, Schreiben vom 26.1.1963; Betr.: Einige Erscheinungen unter den griechischen Emigranten, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

38 Hausmitteilung vom 11.3.1963 von Internationale Verbindungen an Erich Honecker, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

„Auf jeden Fall müssen wir wachsam sein. Aber es liegt kein Grund zu Beunruhigung vor. Die Genossen erkennen die Richtigkeit der Politik unserer Partei an und kämpfen für ihre Verwirklichung. Da sie nicht Bürger der DDR sind und manchmal noch durch Sprachschwierigkeiten an einer vollen Teilnahme an unserem gesamten gesellschaftlichen Leben gehindert sind, gibt es manchmal Dinge, die es in jeder Emigration gibt. Bei den griechischen Emigranten muss man berücksichtigen, dass sie fast alle als Kinder zu uns gekommen sind und das Klassen- und Parteibewusstsein bei ihnen erst geweckt und entwickelt werden musste.“³⁹

Beinahe fünfzehn Jahre nach der Ankunft der ersten griechischen Flüchtlingskinder waren in den Augen der verantwortlichen SED-Kader die „polit. Emigranten“ dem Status der zu behelenden „Fremden“ immer noch nicht entwachsen. Der Grund dafür lag in ihrer ausländischen Herkunft. So verband sich bewusst oder unbewusst mit der aus dem Internationalismus der SED-Ideologie begründeten Aufnahme und Hilfeleistung die essentielle Vorstellung von nationaler Differenz und Überlegenheit der DDR-deutschen Kommunisten, die letztlich von den Emigranten auch nicht zu überwinden war.⁴⁰ Allerdings waren die Unterschiede bzw. Differenzen zwischen Deutschen und Griechen in der DDR weiterhin nicht verhandelbar, wenn sie das Verhältnis deutscher Lehrer und griechischer Lehrlinge in Frage stellten. Als eine Gruppe griechischer Emigranten dies in Brandenburg versuchte, wurde ihnen Eigennutz und Neid unterstellt, obwohl es im Stahl- und Walzwerk Brandenburg nach einer fehlerhaften Arbeit eines griechischen Arbeiters zu einem tätlichen Angriff eines vorgesetzten Meisters gekommen war. Trotz dieses evidenten Vorfalles wurde den griechischen Kritikern solcher Geschehnisse „Spaltertum“ und Nationalismus vorgehalten, da nicht alle Griechen sich gleichermaßen davon betroffen sahen.⁴¹

1964 betrug nach Angaben der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK die Gesamtstärke der griechischen Emigration 999 erwachsene Personen.⁴² Seit dieser Zeit bemühten sich die DDR-Behörden und die SED-Bezirksleitung Dresden darum, die konzentrierte Unterbringung der griechischen Emigranten im „Heimkombinat Freies Griechenland“ in Radebeul zu beenden und die bis dahin dort verbliebenen Griechen separat in Mietwohnungen an ihren Arbeitsorten umzusetzen. Das stieß bei den verbliebenen Insassen auf Ablehnung, und die Dresdner SED-Genossen schlussfolgerten daraus wohl nicht zu unrecht, dass „die erwähnten griechischen Bürger eine ausgesprochen negative Einstellung zur Deutschen Demokratischen Republik“ hätten.⁴³ Indes wollte man den Wunsch der Betroffenen, unter ihren Landsleuten zu bleiben, nicht in Verbindung mit den Verhältnissen in der DDR bringen, sondern schlussfolgerte schlicht: „Da sie von den Annehmlichkeiten des Wohnens im Heim (Licht, Heizung, Verpflegung) profitieren, lehnen die griechischen Bürger ein

39 Interne Mitteilung der Abteilung Internationale Verbindungen vom 2.11.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

40 Zum Zusammenhang von kommunistischer Ideologie und nationalistischer Praxis in der DDR vgl. Christiane Griese/Helga Marburger, *Zwischen Internationalismus und Patriotismus. Konzepte des Umgangs mit Fremden und Fremdheit in den Schulen der DDR*, Frankfurt/M. 1995.

41 Bericht vom 26.1.1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

42 Abteilung Internationale Verbindungen, Bericht vom 1.2.1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

43 Schreiben vom 22.9.1966 vom Stellvertreter des Ministers, Ministerium für Volksbildung an die Abteilung Internationale Verbindungen, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

solches Anerbieten kategorisch ab.“⁴⁴ Solcher Widerstand hatte in der DDR jedoch keine Aussicht auf Erfolg, und schließlich wurde das „Heimkombinat“ aufgelöst.

Im Alltag störten sich einzelne griechische Emigranten jedoch weiterhin an der aktuellen Politik der SED und den Restriktionen im Umgang mit Ausländern. So wollte ein im damaligen Karl-Marx-Stadt lebender griechischer Emigrant nicht hinnehmen, dass der Zoll der DDR bestimmte, wie viele Geschenke er seinem Vater auf die Heimreise mitgab, weswegen er sein SED-Parteibuch zurückgeben wollte. Ohnehin hatte er schon zuvor zu jenen Flüchtlingen gehört, die mit den Wendungen der SED-Politik vielfältige Probleme hatten.⁴⁵ Trotz solcher Anpassungsprobleme verschwanden die griechischen „polit. Emigranten“ allmählich aus dem Fokus von Staat und Partei in der DDR, was für ihre zunehmend unauffällige Annäherung an das alltägliche Leben im SED-Staat spricht.

Parallel dazu aber hatte sich auch das außenpolitische Verhältnis der DDR zum Königreich Griechenland entspannt. Griechenland war seit Mitte der fünfziger Jahre in das Visier der DDR-Außenpolitik geraten, da sich das Land in einer prekären Situation innerhalb der NATO befand und es zu wiederholten Spannungen in den griechisch-amerikanischen Beziehungen kam. Eine wichtige Rolle bei der Entspannung des Verhältnisses DDR-Griechenland spielte auch die Tatsache, dass Griechenland ein Agrarland war und die DDR zu dieser Zeit eine vergleichsweise fortschrittliche Technologie für diesen Bereich besaß. Erstaunlicherweise wurden die Bemühungen des SED-Staates um eine Normalisierung des Verhältnisses zu Griechenland durch den Militärputsch von 1967 nur kurzfristig berührt.⁴⁶

Vom ZK-Sekretariat wurde zwar auf Grund einer Bitte des KKE die Aufnahme griechischer Emigranten beschlossen, die mit einer Empfehlung der Kommunistischen Partei Griechenlands in die DDR kamen. Bemerkenswert daran war, dass die Gewährung von Asyl in der DDR nur für jene griechischen Flüchtlinge gelten sollte, die in kapitalistischen Ländern keine Aufnahme gefunden hatten. Aus der Perspektive der SED-Führung lag dies in der Logik der „antiimperialistischen Solidarität“.⁴⁷ De facto bedeutete dies, dass die Aufnahme in der DDR für die Betroffenen ein Asyl zweiter Wahl darstellte. Unabhängig davon wurde in der gelenkten Öffentlichkeit der DDR eine breit angelegte Solidaritätskampagne zur Unterstützung des Widerstandes gegen das „klerikal-faschistische Obristenregime“ in Griechenland gestartet.⁴⁸ In der Zeit der Militärdiktatur vertiefte sich die Spaltung der griechischen kommunistischen Bewegung, und im Jahre 1968 kam es zum vollständigen Bruch. Aus der Spaltung, die quer durch die illegale Inlandsorganisation und die osteuropäische Emigration der KKE ging und insbesondere in der Sowjetunion zu schweren Auseinandersetzungen geführt hatte, entstanden schließlich eine kleine eurokommunistische Partei und eine stärkere orthodox-moskautreue Partei, die auch weiterhin die stillschweigende Unterstützung der SED erfuhr.

44 Ebd.

45 Schreiben vom 1.12.1965 des 1. Sekretärs der Parteileitung des VEB Fahrzeugbetriebwerke „Wilhelm Friedel“ Karl-Marx-Stadt an die SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

46 Stergiou, Beziehungen.

47 Vorlage an das Sekretariat des ZK vom 21.6.1967; Betr.: Aufnahme von griechischen Emigranten, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 1032, o. Bl.

48 Vorlage mit Anlage IV vom 30.5.1967; Betr.: Veröffentlichung einer Mitteilung griechischer Patrioten, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 500, o. Bl.

Aus den Überlieferungen der Staatspartei geht aber auch deutlich hervor, dass die griechischen Emigranten für die SED-Politik gegenüber Griechenland keine zentrale Rolle mehr spielten und als Gruppe vollständig aus dem Fokus gerieten. Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen nun die Bemühungen um diplomatische Anerkennung der DDR auf internationaler Ebene. Daran konnte 1967 selbst die Suspendierung der Demokratie durch eine Militärdiktatur in Griechenland auf Dauer nichts ändern. Nach einer Periode zwischenzeitlicher Abkühlung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Griechenland unmittelbar nach dem Militärputsch folgte eine Phase der lautlosen und vorsichtigen Wiederannäherung, die 1973 mit der Aufnahme von gleichberechtigten bilateralen Beziehungen zum griechischen Staat und dem Austausch von diplomatischen Vertretungen für die DDR ihren spektakulären Höhepunkt fand. Paradoxerweise erfolgte die vollständige Anerkennung des SED-Staates durch die Militärdiktatur in Griechenland in einer innenpolitischen Phase der schärfsten Verfolgung der KKE.⁴⁹ Mit dem Ende der Militärdiktatur 1974 standen die griechischen Emigranten vor der Wahl, entweder in ihr inzwischen fremdes Heimatland zurückzukehren oder sich vollständig in der DDR-Gesellschaft zu assimilieren. Für den SED-Apparat verloren die griechischen „polit. Emigranten“ in der DDR jetzt vollständig an Bedeutung. Während die Rückkehr der Griechen durch die Staatspartei aktiv unterstützt wurde,⁵⁰ war ihr dauerhafter Verbleib in der DDR fortan eine reine Privatangelegenheit der Betroffenen und wurde nur noch von den Polizeibehörden des SED-Staates verhandelt, da die meisten griechischen Emigranten im Status der Staatenlosen verblieben.

2. Die Veteranen des spanischen Bürgerkriegs

Die Geschichte der spanischen Emigration in der DDR unterscheidet sich von der Geschichte der griechischen Flüchtlingskinder nicht nur bezüglich der Herkunft der Emigranten, sondern vor allem mit Blick auf ihre hohe symbolische Bedeutung im SED-Staat. Die spanischen „polit. Emigranten“ verkörperten durch ihre biographischen Bindungen an das republikanische Spanien beinahe idealtypisch die Vorstellung des „guten Ausländers“, des Freiheitskämpfers bzw. Antifaschisten,⁵¹ und also zugleich jenes Bild des „guten Inländers“, das die SED-Führung vor allem für sich selbst in Anspruch nahm und mit dem sie ihre diktatorische Herrschaft in der DDR begründete.⁵² Allerdings bildete diese Projektion von Beginn an sowohl für die SED-Führung als auch für die spanischen Emigranten den Ausgangspunkt für vielfältige gegenseitige Missverständnisse und Konflikte. Bereits 1947 traten unter dem misstrauischen Blick der deutschen Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone spanische Emigranten als Vertreter der spanischen KP an die Öffentlichkeit,

49 Vgl. Stergiou, Beziehungen.

50 Sekretariatsitzung vom 29.1.1974, Tagesordnungspunkt 19: Übersiedlung von polit. Emigranten nach Griechenland, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3, Nr. 2114, o. Bl.

51 Vgl. dazu Michael Uhl, Mythos Spanien. Das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR, Bonn 2004.

52 Vgl. Olaf Groehler, Antifaschismus – Vom Umgang mit einem Begriff, in: Ulrich Herbert/ders., Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 29–40.

indem sie wie selbstverständlich öffentliche Versammlungen abhielten und in der Presse der SBZ Stellungnahmen für und über die spanische KP abgaben. In direktem Bezug darauf intervenierte die langjährige Generalsekretärin der spanischen KP dagegen aus ihrem französischen Exil, indem sie diese Personen unter den stalinistischen Generalverdacht der „Feindtätigkeit“ stellte und sie sogar verdächtigte, Handlanger der Franco-Diktatur gewesen zu sein:

„Wir können zu ihnen kein Vertrauen haben, da nach verschiedenen Informationen es Leute sind, welche freiwillig nach Hitler-Deutschland fuhren, um dort zu arbeiten. Andere stammen sogar, scheint es, aus der Blauen Division, die aus verschiedenen Gründen nicht nach Spanien zurück wollen, oder in Deutschland eine bestimmte Arbeit durchführen. Sogar solche, die in Konzentrationslagern waren und nicht nach Frankreich mit allen anderen gefahren sind, muss man mit Vorsicht behandeln. Jedenfalls, wir können keinen einzigen unter ihnen garantieren. Deswegen möchten wir Euch bitten, solche Spanier nicht zu benutzen, da sie politisch überhaupt nicht zuverlässig sind.“⁵³

Dieser Einspruch blieb offensichtlich nicht ohne Folgen für die betreffenden Personen. Im SED-Apparat sah man sich zwar nicht in der Lage, die politischen Aktivitäten der in der SBZ verbliebenen Gegner der Franco-Diktatur gänzlich zu unterbinden, denn zu wichtig war für die deutschen Kommunisten der Spanienmythos als Bestandteil der eigenen antifaschistischen Legitimation. Eine eigene Organisation der spanisch-republikanischen Bürgerkriegsveteranen wurde diesen mit dem zweifelhaften Hinweis auf alliierte Kontrollratsbestimmungen aber nicht zugestanden. Gleichzeitig suchte der damalige Kaderchef der SED, Franz Dahlem, nach einer Möglichkeit, eine offene Auseinandersetzung mit der spanischen KP-Führung zu vermeiden, indem er vorschlug, die spanischen Bürgerkriegsveteranen durch externe sowjetische oder spanische Instanzen überprüfen zu lassen.⁵⁴ Schließlich übernahm Mitte 1948 ein Vertreter des zu dieser Zeit noch in Paris residierenden Politbüros der spanischen KP die Aufgabe, alle sich in der SBZ/DDR aufhaltenden Spanier auf ihre politische Zuverlässigkeit zu überprüfen. Insbesondere betraf dies jene Personen, die sich offen zur spanischen Republik und zur PCE bekannten.⁵⁵ Das Misstrauen gegenüber diesem scheinbar unkontrollierbaren Personenkreis sollte jedoch auch nach dieser Kontrollmaßnahme fortbestehen. Die unübersichtlichen und tragischen Verhältnisse am und nach Ende des Zweiten Weltkrieges, die viele Menschen durch den Kontinent getrieben hatten, wurden so den betroffenen Migranten als Makel der Unzuverlässigkeit angelastet, so als hätten sie heimlich oder gar heimtückisch die Seiten gewechselt.⁵⁶

Anders sah es aus, als im Kalten Krieg gerade jene Exil-Spanier Frankreich verlassen mussten, die kurz zuvor noch ihre Landsleute in der SBZ/DDR verdächtigt hatten, mit dem Feind zu kollaborieren. Im September 1950 traf in der DDR eine Gruppe von Kommunisten

53 Abschrift des Schreiben Dolores Ibarruri an Wilhelm Pieck vom 9.9.1947, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.

54 Notiz vom 17.4.1948 von Franz Dahlem; Betr.: Kontrolle der Spanischen Emigration, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.

55 Büro für Internationale Zusammenarbeit, Schreiben vom 15.6.1950, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.

56 Schreiben von A. M. vom 25.3.1952 (Übersetzung), Abt. Internationale Verbindungen beim ZK der SED, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.

bzw. pro-kommunistischer Einstellung verdächtigter Personen verschiedenster Nationalitäten ein, die von der französischen Regierung ausgewiesen worden waren und aus der Perspektive der SED-Führung eigentlich den Idealfall der politischen Emigration in die DDR darstellten. Unter den Ausgewiesenen befanden sich einige griechische und spanische Emigranten, die ursprünglich in Prag politisches Asyl beantragen wollten.⁵⁷ Dem wurde offenkundig nicht entsprochen, sodass das damalige Land Sachsen diese Flüchtlinge des Kalten Krieges unter anderem in Dresden und in Schleiz aufnahm. In den Quellen weichen die Personenangaben deutlich voneinander ab, u.a. ist von 13 Personen in Dresden die Rede: „Spanier, Griechen, 3 Rumänen und 2 Deutsche und 25 Spanier in Schleiz.“⁵⁸ Im Frühjahr 1951 wurden nach der Zustimmung des Politbüros der KP Spaniens weitere 38 Personen in die DDR aufgenommen.⁵⁹ Dabei handelte es sich hauptsächlich um Angehörige der zuvor aus Frankreich ausgewiesenen und in den SED-Staat emigrierten Mitglieder der kommunistischen Partei und der Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens. Insgesamt handelte es sich um eine Gruppe von zwölf Ehefrauen und 26 Kindern im Alter von einem bis 22 Jahren.⁶⁰

Zu dieser Zeit oblag die gesamte Eingliederungsarbeit der „Volkssolidarität“, dem Einheits-Wohlfahrtsverband der DDR. Dessen Vertreter nahmen die spanischen Familienangehörigen in Empfang, kleideten sie großzügig ein und versorgten sie in Dresden mit vorläufig kostenfreien Gemeinschaftsunterkünften.⁶¹ Der Sächsische Landesverband der Volkssolidarität verschaffte den arbeitsfähigen „polit. Emigranten“ Anstellungen in den volkseigenen Betrieben im Raum Dresden, die berufsunfähigen Asylsuchenden erhielten durch sie eine VVN-Rente.⁶² Bald darauf wurden sogar Deutschkurse organisiert. Zugleich achtete man darauf, dass eine regelmäßige politische Schulung erfolgte bzw. die Anbindung der Emigranten an die Parteistrukturen der SED gewährleistet war. Es wurde erwartet, dass sich die „polit. Emigranten“ im Alltag als kommunistische Vorbilder erwiesen; dann wurden sie auch relativ schnell als „Aktivisten“ ausgezeichnet.⁶³ Wie konkret und zugleich eng der

-
- 57 Bericht über die Einreise von Spaniern aus Frankreich in die DDR vom 12.9.1950, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.
 - 58 Sekretariat für internationale Verbindungen, Schreiben vom 27.9.1950 an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen, Hauptabteilung Arbeit; Betr.: Aus Frankreich ausgewiesene Personen, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.
 - 59 Hausmitteilung der Abteilung Internationale Verbindungen an Gen. Ulbricht vom 10.2.1951; Betr.: Spanische Emigranten, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.
 - 60 Abteilung Internationale Verbindungen, Vorlage an das Sekretariat; Betr.: Spanische Emigration in Deutschland vom 27.3.1951, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.
 - 61 Gemeinschaft Volkssolidarität in der DDR e.V. Berlin an Zentralkomitee der SED, Abteilung Internationale Verbindung, Schreiben vom 24.5.1951; Betr.: Spanische Emigranten, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.
 - 62 Schreiben der Gemeinschaft Volkssolidarität in der DDR e.V. vom 3.2.1951 an das ZK der SED, Abteilung Internationale Verbindungen, Zentralausschuss Sekretariat, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl. Nach Auflösung der VVN im Jahr 1953 wurden die Renten von der VdN übernommen. Vgl. dazu, Jörn Schütrumpf, „Besprechungen zwischen ehemaligen VVN-Kameraden ... dürfen nicht mehr stattfinden“ – Antifaschismus in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, Berlin 1997, S. 142–152.
 - 63 Abteilung Internationale Verbindungen, Bericht über den Besuch bei den spanischen Genossen in Dresden am 30.10.1951, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.

Erwartungshorizont der SED in Bezug auf die Aufgenommenen war, lässt sich an einem Bericht aus dem Jahr 1953 ermesen:

„Gegenwärtig befinden sich in Dresden insgesamt 88 Personen und 2 Genossen in Berlin, die bei der IDFF als Dolmetscher tätig sind. Von den 56 Erwachsenen und Jugendlichen sind 40 Mitglied der KP Spaniens und 5 Mitglied des spanischen Jugendverbandes. Die 5 Jugendlichen sind auch Mitglied der FDJ. 13 Kinder gehören den ‚Thälmann-Pionieren‘ an. Alle Berufstätigen gehören dem FDGB an. Soweit es sich um Mitglieder der KP Spaniens handelt, nehmen sie am Parteileben der SED-Betriebsgruppen teil. Außerdem haben sie in ihrem Wohnblock ihre spanische Parteigruppe, wo sie sich mit den Problemen ihrer Partei beschäftigen. Sie haben eine aus 3 Genossen bestehende Leitung. [...] Alle von der Gruppe beabsichtigten Veranstaltungen sind rechtzeitig und mit Programmwurf den Genossen der BL Dresden und der Abteilung Internationale Verbindungen vorzulegen. [...] Die 5 Jugendlichen fahren mit uns zum Festival nach Bukarest. Die Kinder von 6 Jahren aufwärts gehen in die Pionierrepublik ‚Wilhelm Pieck‘.“⁶⁴

Diesem Konzept entsprechend war es für die verantwortlichen Funktionäre auch nur folgerichtig, dass derart bewährte spanische „polit. Emigranten“ auch in die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ eintraten.⁶⁵ Gegebenenfalls konnten spanische Emigranten nach Erwerb der deutschen bzw. DDR-Staatsbürgerschaft auch als Mitglied in die SED eintreten. Allerdings wurden diese Schritte von verantwortlichen SED-Kadern in der DDR nicht als endgültige Assimilation angesehen. Vielmehr begründete die nationale Herkunft des Einzelnen in ihren Augen eine unüberwindbare Andersartigkeit, welche das Individuum im Kern seiner Persönlichkeit von den Deutschen in der DDR unterschied. So schrieb Kurt Schwotzer, der Leiter des Sektors „Betreuung und Emigration“ im ZK-Apparat an einen jungen spanischen Emigranten aus Anlass seiner Einbürgerung in der DDR:

„[...] Von Deiner Mutter erhielt ich jetzt Deinen Brief vom 22. März d. J. Ich habe mich sehr über denselben gefreut. Du wirst Staatsbürger der DDR, aber Du darfst niemals vergessen, dass Du Spanier bist und auch für die Freiheit und Unabhängigkeit des spanischen Volkes kämpfen musst [...].“⁶⁶

Diese Vorstellung von einer essentiellen nationalen Zugehörigkeit führte in der weiteren Asylpraxis zu höchst widersprüchlichen Resultaten. Durchaus nicht alle spanischen Emigranten wollten DDR-Bürger werden. Auch war das Beharren spanischer Emigranten auf ihrer spanischen Staatsangehörigkeit für die Institutionen des SED-Staates ein problematischer oder vollständig unerwünschter Tatbestand. Allerdings bestanden – wegen der durch die Bundesrepublik betriebenen völkerrechtlichen Isolierung der DDR und auf Grund der anhaltenden politischen Feindschaft zur Franco-Diktatur – keine aktiven diplomatischen Verbindungen zwischen Spanien und dem SED-Staat. Das hatte über die Jahre zur Folge, dass die Personaldokumente der spanischen Emigranten abliefen und in der DDR als ungül-

64 Abteilung Internationale Verbindungen, Bericht vom 25.7.1953; Betr.: Spanische Emigrationsgruppe, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 271, o. Bl.

65 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Schreiben vom 23.6.1955 an J. R., SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

66 Abteilung Internationale Verbindungen, Schreiben vom 4.5.1965 an A. M., SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 534, o. Bl.

tig angesehen wurden. Für die Betroffenen entstanden daraus paradoxe Konsequenzen. Viele der spanischen Emigranten wollten auf keinen Fall mit den Auslandsvertretungen des ihnen feindlich gesonnen Franco-Regimes in Kontakt treten. Die Alternative dazu war, mit der in Mexiko angesiedelten republikanischen Exilregierung bzw. deren Vertretern Verbindung aufzunehmen. Dies wiederum wollten die Vertreter des SED-Staates nicht zulassen, da Kontakte in den Westen ohnehin als suspekt galten. Dahinter verbarg sich aber auch die aus dem spanischen Bürgerkrieg stammende Rivalität zwischen der antistalinistischen Linken im westlichen Exil und der moskautreuen PCE, die natürlich auch von der SED gefördert wurde.⁶⁷ Gerade die linksliberale Exilregierung in Mexiko galt insbesondere in den Augen der spanischen KP als verräterisch und antikommunistisch. Für die dem einzelnen spanischen Emigranten aus dieser heiklen Konstellation erwachsenden Schwierigkeiten wurde von Seiten des SED-Staates keinerlei Verständnis aufgebracht:

„[...] Laut unserem Gesetz müssen alle Ausländer – ohne Ausnahme – alle 6 Monate ihr Dokument verlängern lassen. Wir halten das für richtig. Man kann nicht Frankreich und die Bundesrepublik als Vergleich heranziehen. [...] Wie kann ein Kommunist es als Last empfinden und das noch als bürokratische Übertreibung bezeichnen, wenn er alle 6 Monate einmal zur Volkspolizei gehen muß. Wie die einzelnen kapitalistischen und sozialistischen Länder die Frage der spanischen Emigration behandeln, ist Sache jedes Landes.“⁶⁸

Offenkundig war es für die Funktionäre der SED besonders unerträglich, dass die Ausstellung der inkriminierten Dokumente der spanischen Exilregierung gerade über einen spanischen Bürger erfolgte,⁶⁹ der sich ohne Zustimmung der spanischen KP in der DDR aufhielt und so ohnehin als politisch unzuverlässig und verdächtig galt.⁷⁰ Die Grenze zwischen politischem Kombattanten und feindlichem Ausländer wurde hier offenkundig auf der Grundlage tief sitzenden Misstrauens gezogen und war durch die damit verbundene Willkür für den einzelnen Migranten kaum zu bestimmen.

Allerdings lagen die Gründe für eine dermaßen rüde Zurückweisung wohl auch darin begründet, dass die spanischen wie die DDR-Kommunisten von der Illusion ausgingen, dass nach einer baldigen Rückkehr der „polit. Emigranten“ in ihre Heimat eine aus dem politischen Untergrund entstehende Volksbewegung ein „fortschrittliches Spanien“ entstehen lassen und die reformistischen Abweichler in Mexiko dann von den Ereignissen überrollt werden würden.⁷¹ In diesem Sinne und ungeachtet der geschilderten widersprüchlichen

67 Volkspolizei-Kreisamt Dresden, Abt. PM-2 – Schreiben vom 6.2.1956 an Bezirksbehörde der Volkspolizei, Abt. PM; Betr.: B., J., geb. 99 in L./Spanien; E., J., geb. 88 in B./Spanien, Beide Staatenlos – fr. Staatsangehörigkeit Spanien, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 273, o. Bl.

68 Schreiben vom 1.7.1957 der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen an Herbert Warnke, Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

69 Schreiben der Gesellschaft für Kulturelle Verbindungen mit dem Ausland vom 14.6.1954 an das Bezirksbüro Erfurt, SED-Bezirksleitung Erfurt; Betr.: Charakteristik [des Spaniers L. A.], SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 273, o. Bl.

70 Schreiben der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen vom 12.3.1955 an die Abteilung Sicherheitsfragen; Betr.: Spanier L. A., Erfurt, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 273, o. Bl.

71 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Vorlage für das Sekretariat vom 12.4.1957; Betr.: Rückführung spanischer Emigranten nach Spanien, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

Vorgänge setzte sich die in den frühen fünfziger Jahren vollzogene Praxis der „Internationalistischen Solidarität“ mit den spanischen Kommunisten im kleinen Maßstab auch in den sechziger Jahren fort. Der SED-Staat ermöglichte beispielsweise die Aufnahme von Kommunisten und ihren Angehörigen, die aus langjähriger Haft in Spanien entlassen wurden.⁷² Das Asyl in der DDR entwickelte sich so zu einer Art Ruheraum für den illegalen Kampf der PCE in Spanien. Das schloss medizinische Behandlung und großzügige Kuraufenthalte wiederholt mit ein.⁷³ Auch wurden weiterhin ältere kommunistische Kader in die DDR aufgenommen, die in Frankreich wegen ihrer ungeliebten Parteiarbeit von der Abschiebung bedroht waren.⁷⁴ Bisweilen wurden zur Unterstützung der kommunistischen Untergrundarbeit in Spanien sogar die Strafgesetze der DDR umgangen. Überliefert ist der Fall einer jungen Spanierin, die in der DDR nur zum Zweck des Schwangerschaftsabbruches aufgenommen wurde, obwohl zu diesem Zeitpunkt Abtreibung in der DDR noch unter Strafe stand.⁷⁵

In der DDR-Emigration selbst konnte über die Jahre der anfängliche Eindruck von Großzügigkeit von Seiten der DDR-Institutionen nicht aufrechterhalten werden. Alsbald galt die Erwartung nicht nur maximaler politischer, sondern auch sozialer Eingliederung der polit. Emigranten in die Lebensumstände im SED-Staat:

„Zu helfen ist denjenigen, die durch Verwundungen und aus anderen Gründen arbeitsunfähig sind bzw. sich in einer sozialen Notlage befinden. Spanische Freunde und ihre Familien, die sich durch eigene Arbeit in unserer DDR ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, betrachten wir in sozialer Hinsicht den anderen Bürgern unserer DDR gleichgestellt [sic].“⁷⁶

Dieser Mix aus unterschiedlichsten Anpassungsanforderungen führte auf die Dauer zu erheblichen Konflikten. Die Mehrheit der spanischen Emigranten lebte seit Ende 1953 nicht mehr in den anfangs bereitgestellten Gemeinschaftsunterkünften. Ihnen wurden stattdessen in Dresden eine der damals sehr knappen Mietwohnungen zur Verfügung gestellt.⁷⁷ Beschäftigung fanden die spanischen Emigranten in verschiedenen Dresdner volkseigenen Betrieben; dennoch blieben sie weiterhin durch ihre gemeinsame Parteizugehörigkeit in der PCE in fester Verbindung untereinander. Angesichts der großen Entfernung von ihrer Heimat, der langen Zeit der Emigration in der DDR und der für viele spanischen Kommunisten beunruhigenden Ereignisse des Jahres 1953 (Stalins Tod und Aufstand vom 17. Juni), die alten politischen Differenzen in der KP wieder Auftrieb gaben, blieb die von ihnen erwartete und gewollte politische Tätigkeit nicht frei von Spannungen innerhalb der Migranten. Im

72 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Vorlage für das Sekretariat vom 27.5.1961; Betr.: Ärztliche Behandlung eines spanischen Genossen, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 273/1, o. Bl.

73 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Vorlage für das Sekretariat vom 29.11.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

74 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Vorlage für das Sekretariat vom 24.4.1963; Betr.: Asyl für ein spanisches Ehepaar, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 534, o. Bl.

75 Hausmitteilung vom 14.6.1968 der Abteilung Internationale Verbindungen an Abteilung Gesundheitspolitik, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 534, o. Bl.

76 Sekretär der Volkssolidarität Bezirksgruppe Dresden, Gen. Arlt, Schreiben vom 11.12.1962; Betr.: Unterstützung spanischer Freunde zu Weihnachten, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 534, o. Bl.

77 Schreiben des Zentralausschusses der Volkssolidarität vom 15.12.1953 an die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

Frühjahr 1954 entlud sich dieses Konfliktpotential in der Gruppe der spanischen Emigranten in einer tätlichen Auseinandersetzung. Dieses „besondere Vorkommnis“ selbst ist in diesem Zusammenhang weniger überraschend als die anschließende Begründung für den Streit:

„Genosse M. teilte zu den Differenzen innerhalb des spanischen Kollektivs mit, daß die Uneinigkeit hauptsächlich durch einige parteilose französische Ehefrauen hineingetragen worden ist. Diese Frauen haben bis zu der Ausweisung ihrer spanischen Männer in Frankreich ganz gut gelebt. Bei uns sind sie jetzt unzufrieden und schimpfen auf unseren Staat. Das taten sie auch auf dem Nachhauseweg am 16. April nach der Feier. Als die guten Genossen sie zur Rede stellten, kam es zur Schlägerei und zu den Verhaftungen der beiden Spanier [...]“⁷⁸

Die vorhandenen Probleme der spanischen Emigranten bei der Anpassung an die Lebensumstände in der DDR oder die aus der Trennung von Heimat und Familie resultierenden seelischen Belastungen bei den Aufgenommenen fanden von offizieller Seite kaum Beachtung. Sie wurden den Betreffenden lediglich als individuelle Charakterschwäche angelastet. In diesem Fall waren es die missgünstigen Frauen labiler Männer. Offenkundig wurde von den Emigranten eine möglichst konfliktfreie, ja unauffällige Eingliederung in das Alltagsleben in der DDR erwartet. Hier waren sich SED-Funktionäre und die Führung der spanischen KP weitgehend einig:

„Genosse M. sowie der andere spanische Genosse vom Politbüro haben in ihren Diskussionsbeiträgen an alle spanischen Genossen, aber besonders an diesen Kreis, einige harte Worte gesagt. Besonders kam dabei zum Ausdruck, dass sie berücksichtigen sollten, dass sie in der Deutschen Demokratischen Republik sich in einem Gastland befinden und dieses Land beim Aufbau des Sozialismus große Aufgaben zu lösen hat, da hätten sie nicht nur Rechte und Forderungen, sondern als Genossen auch Pflichten, denn wir als Sozialistische Einheitspartei würden doch alles tun, was im Rahmen der Möglichkeiten läge. Aber sie müssten auch zeigen, dass sie die [sic] Rechte, die sie hier in Anspruch nehmen, als Genossen auch würdig sind.“⁷⁹

Doch auch der Versuch, diesen Ansprüchen zu entsprechen, konnte für den einzelnen Emigranten zu gravierenden Problemen führen. So war der Kontakt mit antikommunistisch bzw. antisowjetisch eingestellten Arbeitern in der DDR für einen der „polit. Emigranten“ ein schwerer Schock, machte den Betreffenden aber gleichzeitig in den Augen seiner Arbeitskollegen zum Denunzianten im Auftrag der Staatspartei.⁸⁰ Auf die Dauer war das im DDR-Alltag keine vorteilhafte Position. Auch wurde eine zu selbstbewusste Haltung der spanischen Emigranten gegenüber ihrer jeweiligen Betriebsleitung von dieser als Anmaßung und Unruhestifterei eines Fremden angesehen. In einem dieser Fälle kam es dem deutschen Vorgesetzten eines spanischen Emigranten mehr als gelegen, dass das machohaft auftretende spanische Mannes von einheimischen Frauen als „unmoralisches Benehmen“ dargestellt wurde und diese sich weigerten, mit dem ausländischen Kollegen weiter zusammenzu-

78 Abteilung Internationale Verbindungen, Notiz vom 15.5.1954, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

79 Schreiben der SED-Kreisleitung Dresden-Land vom 28.4.1959 an Abteilung Internationale Verbindungen; Betr.: Delegiertenkonferenz der Mitglieder der Kommunistischen Partei Spaniens am 25. und 26.4.1959 in Dresden, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

80 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Schreiben vom 6.11.1962 an SED-Bezirksleitung Dresden; Betr.: Spanische Emigranten, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

arbeiten. Nur eine massive Intervention der verantwortlichen SED-Bezirksleitung konnte verhindern, dass der betreffende spanische Emigrant von seinem Arbeitsplatz verdrängt wurde. Allerdings erfolgte diese Intervention mit dem oberlehrerhaften Kommentar des Verantwortlichen, dass der spanische Genosse „immer sein ‚Sorgenkind‘ gewesen“ sei. Dass der so beschriebene Exilant bis vor kurzer Zeit noch Mitglied im Politbüro der PCE gewesen war, galt dabei nur als Bestätigung für seine persönliche Schwäche.⁸¹

Auf Seiten der verantwortlichen SED-Funktionäre baute sich wegen der ständigen Schwierigkeiten mit den spanischen Emigranten mit der Zeit eine regelrechte Antipathie gegenüber diesen auf. Eine Abweichung vom DDR-deutschen Erwartungshorizont wurde nicht nur als persönliches Versagen angesehen, sondern zugleich auch als politische Provokation, wenn nicht sogar als politischer Verrat verstanden. Dies traf ganz besonders dann zu, wenn spanische Emigranten ohne Parteiauftrag nach Spanien zurückkehren wollten:

„Dass die Familie P. auf einen Beschluss unserer spanischen Partei fährt, um in Spanien für die Partei zu arbeiten, glaube ich nicht. Die Familie hat 5 Arbeitskräfte, die sicher auf unsere Kosten erzogen wurden und es jetzt vorziehen, anstatt für den Sozialismus – für den Faschismus zu arbeiten. Das noch befürwortet durch ein spanisches Komitee, da komme ich nicht mit. Vielleicht weißt Du besser Bescheid. Wenn von uns jemand mit Kind und Kegel vom Ausland wieder nach Hitler-Deutschland als seine „Heimat“ zurückkehren wollte, hätten wir ihn mit Recht Verräter genannt, obwohl es doch im kapitalistischen Ausland für uns viel schwerer damals war. Ist diese ‚Heimreise‘ der Familie ein Ausdruck der Zersetzung unter den spanischen Freunden, weil die Erinnerung an die Prügel und die Frohn [sic] in Spanien bei ihnen verblasst? Nach meiner Meinung haben wir kein Recht, die uns für den Kampf für den Frieden anvertrauten Gelder zu nehmen, um Elemente zu finanzieren, damit sie zu Faschisten überlaufen können. [...] Jedenfalls meine ich, dass sie sich Kleidung als auch Fahrt selbst durch eigene Arbeit verdienen sollen, wir sind doch nicht daran interessiert, dass sie möglichst schnell zum Feind überlaufen, so wenig, wie wir es finanzieren würden, dass Grenzgänger nach Westen abhauen.“⁸²

Der Autor dieses Schreibens konnte sich wohl kaum vorstellen, dass gerade die darin formulierte feindselige Herablassung ein Grund für die Ausreise sein konnte. Genau dieses Fazit zog jedoch 1969 eine junge spanische Akademikerin nach siebenjähriger Emigrationszeit in der DDR. In ihrer Verzweiflung ging sie schließlich soweit, im geringschätzigen Verhalten ihrer Arbeitskollegen an der Karl-Marx-Universität in Leipzig eine dezidiert rassistische Haltung auszumachen. Zugleich fand sie im übergeordneten Ministerium keinen Adressaten für die sie quälenden Arbeitsverhältnisse und entschloss sich schließlich trotz ihrer pro-kommunistischen Haltung, die DDR zu verlassen.⁸³ Offenkundig wurde dieses Ersuchen von der spanischen KP unterstützt, obwohl diese Emigrantin bereits im Besitz der DDR-Staatsbürgerschaft war. Allerdings glaubten die verantwortlichen SED-Kader noch

81 SED-Bezirksleitung Dresden, Schreiben vom 27.1.1959 an ZK der SED, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen; Betr.: A. A. – Spanier, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 273, o. Bl.

82 Walter Pfaff, Sekretär für Solidaritätsarbeit Volkssolidarität Zentrallausschuss – Zentralsekretariat, Schreiben vom 15.9.1961 an Gen. Kurt Schwotzer, Zentralkomitee der SED, Abteilung Internationale Verbindungen, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 273, o. Bl.

83 Schreiben von Frau C. vom 17.10.1969, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 534, o. Bl.

darauf hinweisen zu müssen, dass dies nicht im Interesse der spanischen Genossin geschehe, sondern lediglich zur Vermeidung weiterer Konflikte:

„[...] Die Unterstützung, die diese Genossin bisher in vielen Fragen von uns erhielt, erfolgte auf Ersuchen der Kommunistischen Partei Spaniens. Wie uns seit längerer Zeit bekannt ist, leidet sie in einem erhöhten Maße an Verfolgungsvorstellungen und Selbstüberschätzung. Infolgedessen konnte sie sich in keinem Kollektiv ihrer bisherigen Arbeitsstellen zurechtfinden. In ihren Vorgesetzten und Kollegen sah sie buchstäblich nur Neider und Konkurrenten, die ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nicht nur nicht zu würdigen wissen, sondern sie um ihre Erfolge betrügen. Wir schätzen ein, daß eine Nichtgenehmigung ihres Antrages, die von unserer Verantwortung für Genossin C. getragen wäre, da sie nicht voll und logisch denkt und handelt, ihren Zustand nur verschlimmern würde. [...]“⁸⁴

Derartige Anwürfe waren wohl kaum geeignet, die Auffassungen der spanischen Emigrantin zu revidieren – doch das war ihr im Nachhinein sicher gleichgültig. Überdeutlich wird mit dieser Reaktion auf das Ausreiseersuchen der spanischen Emigrantin allerdings vorgeführt, in welchem gesellschaftlichen Spannungsfeld sich die aus dem politischen Asyl in der DDR ergebende Emigration im SED-Staat befand. Wer dem Erwartungshorizont der DDR-deutschen Kommunisten nicht entsprach, mutierte in ihren Augen entweder zum Klassenfeind oder – wenn ihm politisches „Fehlverhalten“ nicht nachzuweisen war – zu einem Menschen mit geistigen Defekten. In beiden Fällen aber wurden die Emigranten verloren gegeben und es war besser für sie, das Land endgültig zu verlassen. Offenbar wurde diese Haltung auch von der sich verändernden Politik der PCE nach dem Tode Francos bestärkt. Unter den spanischen Kommunisten gewannen die weniger orthodoxen Positionen des „Euro-Kommunismus“ an Rückhalt. Der Generalsekretär der PCE, Santiago Carillo, galt für die SED als zumindest problematischer Exponent dieser von der Moskauer Parteilinie abweichenden Position.⁸⁵ Schließlich führte die sich vollziehende Demokratisierung Spaniens und die sich damit abzeichnende Marginalisierung der PCE in der spanischen Gesellschaft dazu, dass auch die spanische Emigration in der DDR ihre Bedeutung für die SED verlor.

3. Iraner und andere Fremde mit unsicherer Herkunft

Schon 1954 wurde in der DDR eine weitere kleine Gruppe von so genannten „polit. Emigranten“ aus dem Iran aufgenommen. Obwohl diese politischen Flüchtlinge, ähnlich wie die griechischen und spanischen Flüchtlinge, über die internationalen Kontakte der SED und in Absprache mit der Moskauer Zentrale der KPdSU ins Land kamen, stellte die außereuropäi-

84 Schreiben vom 15.9.1969 von Gen. Major Raffé, Ministerium des Innern, Büro für Paß- und Ausländerangelegenheiten an Abteilung Internationale Verbindungen, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 534, o. Bl.

85 Politbürositzung vom 26. November 1974, Tagesordnungspunkt 7: Aufenthalt einer Delegation der Kommunistischen Partei Spaniens unter Leitung ihres Generalsekretärs, Genossen Santiago Carillo, in der DDR, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 1537, o. Bl.

sche Herkunft und soziale Zusammensetzung der iranischen Migranten für den SED-Staat eine besondere Herausforderung dar.

Historischer Hintergrund für diese Flüchtlingsaufnahme war der jahrelange Kampf der Weltmächte USA und Großbritannien auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite um Einfluss auf den rohstoffreichen Staat am persischen Golf. Die 1941 gegründete und moskautreue Tudeh-Partei (Nachfolgerin der KP) wurde infolge eines Attentatsversuchs auf den pro-westlichen Schah verboten. Zugleich versuchten iranische Nationalisten unter der Führung von Mohammed Mossadegh mit der 1949 gegründeten Nationalen Front, das Land aus der Kontrolle durch den Westen zu lösen. Mossadegh wurde am 30. April 1951 Ministerpräsident und setzte am 7. Mai desselben Jahres die Verstaatlichung der Erdölindustrie durch. Er wurde 1953 von iranischen Militärs gestürzt, die die Nationale Front verboten und jegliche antiwestliche Bewegung gewaltsam unterdrückten. Die antikommunistische Ausrichtung des sich damit wieder etablierenden absolutistischen Regimes unter Schah Reza Pahlawi führte 1954 zur Unterzeichnung eines Abkommens mit einem internationalen Erdölkonsortium, indem diesem eine Schürfkonzession für 25 Jahre erteilt und damit die Verstaatlichung der Erdölindustrie de facto wieder rückgängig gemacht wurde.⁸⁶

Damit einher ging eine Welle der innenpolitischen Gewalt, die sich besonders gegen alle Personen richtete, die im Verdacht standen, mit der im Untergrund agierenden iranischen Volkspartei (Tudeh) in Verbindung zu stehen. 1954 wurden ca. 500 Offiziere der iranischen Armee verhaftet und einige davon sofort hingerichtet. Nach Aussagen von Vertretern der Tudeh-Partei gegenüber der SED wurden auch die Familien der Verhafteten und Hingerichteten systematisch verfolgt:

„Nach der Verhaftung dieser Offiziere blieben ihre Familien, besonders die Familien der Erschossenen, völlig mittellos zurück. Einerseits hat die Volkspartei des Iran, die schon 8 Jahre in der Illegalität arbeiten muß und nach dem Augustumsturz starken faschistischen Verfolgungen ausgesetzt war, keine Möglichkeit, diese Familien entsprechend zu versorgen, und andererseits versuchten die reaktionären Hofkreise und die Regierung, auf diese Familien Druck auszuüben, um sie vom richtigen Weg abzubringen. Deshalb hat das ZK der Volkspartei beschlossen, einen Teil dieser Familien nach den Ländern der Volksdemokratie zu bringen [...]“⁸⁷

Nach einem Beschluss des ZK-Sekretariats wurden zunächst erkrankte Mitglieder der Tudeh-Partei zur Behandlung und Erholung in der DDR aufgenommen.⁸⁸ Im Februar 1955 folgte die Genehmigung des Asyls für weitere bereits in der DDR befindliche Emigranten bzw. für solche, für die die Einreise durch das ZK der Tudeh-Partei bereits im Einzelnen beantragt worden war. Zusätzlich war von der SED-Führung auch erlaubt worden, dass noch im Untergrund lebende und deshalb namentlich nicht bekannte Mitglieder der Tudeh-Partei in der DDR „nach Bedarf“ Asyl erhalten sollten. Darunter waren auch einige iranische Stu-

86 Jürgen Martschukat, *Antiimperialismus, Öl und die „Special Relationship“: Die Nationalisierung der Anglo-Iranian Oil Company im Iran, 1951–1954*, Münster 1995; ders., „So werden wir den Irren los!“ Wie der amerikanische Geheimdienst CIA vor 50 Jahren den iranischen Premierminister Mohammed Mossadegh stürzte und das Schah-Regime installierte, in: *DIE ZEIT* vom 14.8.2003.

87 Radmanesch vom Zentralkomitee der Volkspartei des Iran an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Schreiben, o. D., SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

88 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Vorlage für das Sekretariat vom 30.8.1954; SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

denten, die nach Einschätzung der eigenen Partei in der Bundesrepublik ihre Ausbildung nicht mehr fortsetzen konnten. Der Aufnahmeprozess wurde auf dem inzwischen bewährten Weg geregelt:

„Die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen [des ZK der SED] wird beauftragt, die Emigranten in Arbeit zu bringen bzw. die Fortsetzung ihres Studiums in die Wege zu leiten. Vorläufige Unterbringung und wenn nötig Bekleidung der iranischen Genossen soll auf Kosten der Volkssolidarität erfolgen. [...] Das ZK der Tudeh-Partei bittet, den emigrierten Genossen die Möglichkeit der fachlichen und politischen Weiterbildung zu geben.“⁸⁹

Darüber hinaus wurden die iranischen Emigranten zum schnellen Erlernen der deutschen Sprache auf die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) der Karl-Marx-Universität in Leipzig (KMU) entsandt. Diese Einrichtung hatte sich auf die Sprachausbildung ausländischer Studierender in der DDR spezialisiert und war die Basis für das 1956 gegründete Herder-Institut der KMU, das diese Funktion für den gesamten Hochschulbereich der DDR erfüllte. Weiterhin wurde dann sieben Frauen und 17 Kindern von erschossenen Genossen Offizieren Asylrecht in der DDR gewährt. Für deren Unterbringung und Betreuung war die Volkssolidarität in Halle zuständig, für die Erziehung der Kinder wurde das Ministerium für Volksbildung verantwortlich gemacht.⁹⁰ Insgesamt vermitteln diese Abläufe den Eindruck geregelter Routine bei der Aufnahme von „polit. Emigranten“ in der DDR.⁹¹

Allerdings sollte sich bald zeigen, dass die „iranischen Genossen“ größte Mühe hatten, sich in das gesellschaftliche Regelwerk des SED-Staates einzufügen, und dass sie gar nicht dem Bild der SED-Funktionäre von vorbildlichen antiimperialistischen Kämpfern entsprachen. An der ABF in Leipzig waren die verantwortlichen Genossen höchst unzufrieden damit, dass die iranischen Emigranten zwar die ihnen zur Verfügung gestellten Einzelzimmer annahmen, aber dennoch nicht bereit waren, der erwarteten „Heimdisziplin“ zu folgen:

„[...] Genosse L. sagte, daß es mit keiner anderen Gruppe je solche Schwierigkeiten gegeben hat, wie mit den iranischen Genossen. Er wird uns einen Bericht darüber machen. [...] Der Genosse sagte: ‚Wir haben volles Verständnis für die besondere Lage dieser älteren Genossen, die nicht mehr Studenten im üblichen Sinne sind, aber sie müssen sich auch bei uns einfügen. Alle iranischen Genossen haben Einzelzimmer, die unter schwierigen Bedingungen bereitgestellt wurden. Es liegt keine Notwendigkeit für ein wohnen [sic] außerhalb des Internates vor. Aber man muß sich der Hausordnung unterwerfen.[...]“⁹²

Die iranischen Emigranten sahen sich offenkundig nicht als einfache Empfänger von Hilfsleistungen. Ihr Auftreten entsprach demjenigen selbstbewusster „Genossen“, die von ihrem Aufenthalt in der DDR maximal profitieren wollten. Das stimmte mit den Interessen des

89 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Vorlage für das Sekretariat vom 28.2.1955; Betr.: Asylrecht für iranische Emigranten, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

90 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Vorlage für das Sekretariat vom 17.5.1956; Betr.: Gewährung des Asylrechts für iranische Frauen und Kinder, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

91 Notiz vom 22.6.1956; Betr.: Betreuung iranischer Frauen und Kinder in Halle, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

92 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Bericht von der Fahrt nach Leipzig am 14.4.1955, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

SED-Staates immer dann überein, wenn sie sich als vorbildliche Kommunisten präsentierten:

„In ihren wöchentlich einmal stattfinden Parteisitzungen erfahren sie die neusten [sic] Nachrichten der Heimat, die einer von ihnen aus den illegalen Zeitungen der Tudeh-Partei und anderen Quellen vorträgt, diskutieren über die letzten Weltnachrichten und lesen und besprechen ein marxistisches Buch. Sie nehmen an allen Demonstrationen und Kundgebungen teil, die von den demokratischen Organisationen der DDR veranstaltet werden. Die meisten von ihnen sind der FDJ, der GST und der DSF beigetreten [...]. Einigen der Genossen ist es gelungen, im Kreise der Studenten Vorträge über die politische Lage Irans zu halten, die von ihren Kommilitonen sehr begrüßt wurden. Bis jetzt sind in LVZ [Leipziger Volkszeitung] zwei Artikel [sic] über dasselbe Thema erschienen.“⁹³

Allerdings war man im SED-Apparat nicht mehr bereit, den iranischen Emigranten die gleiche Stellung einzuräumen wie den griechischen und spanischen Emigranten. So war man beispielsweise nicht bereit, dem Wunsch einiger Iraner nachzukommen, sie in die paramilitärischen Vereinigungen der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ oder die Kasernierte Volkspolizei, eine Vorform der Nationalen Volksarmee (NVA), aufzunehmen. Zwar waren einige iranische Studenten schon Mitglied der GST geworden, aber die Mitgliedschaft in den bewaffneten Verbänden der DDR blieb ihnen verwehrt. Das ist insofern bemerkenswert, als einigen griechischen und spanischen Emigranten dieses Recht auf Aufnahme in die Kampfgruppen im Zusammenhang mit ihrer SED-Mitgliedschaft zugestanden wurde. Die iranischen Emigranten sollten sich dagegen ganz auf ihre Ausbildung bzw. ihr Studium konzentrieren.⁹⁴ Rückblickend war diese bewusste Einschränkung sicher keine wesentliche Benachteiligung für die Betroffenen, aber zugleich wird hier eine Hierarchie unter den „polit. Emigranten“ deutlich, die sich auch an anderer Stelle offenbarte.

Ähnlich wie die griechischen und spanischen Emigranten sollten auch die Asylsuchenden aus dem Iran eine Unterstützung zu ihrem Einkommen erhalten. Allerdings wurde ihnen die Anerkennung als VdN mit einer bemerkenswerten Begründung verweigert:

„[...] Begründet wird die Ablehnung damit, daß sie ja nicht gegen den deutschen Faschismus gekämpft haben. Ferner sagt man, daß im Falle ihrer Anerkennung auch die inhaftierten Westberliner und westdeutschen Friedenskämpfer anerkannt werden müßten. Die Schlußfolgerung davon wäre, daß wir dort schon Faschismus haben. Das ist doch nicht richtig [...].“⁹⁵

Dieser Ablehnungsgrund für die Anerkennung als VdN hätte auch auf eine ganze Reihe von spanischen und die meisten griechischen Emigranten zutreffen können. Er wurde aber erst in Bezug auf die außereuropäischen Flüchtlinge aus dem Iran vorgebracht und führte dann auch zu einer weniger großzügigen Regelung als in den vorherigen Fällen. Dies blieb innerhalb der Instanzen des SED-Staates unwiderrprochen. Das lässt den Schluss zu, dass insbesondere im Apparat der Staatspartei die Emigrantenschicksale deutlich verschieden gewertet

93 Schreiben vom 18.6.1955, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

94 Notiz vom 22.6.1955; Betr.: Aufnahme von Ausländern in die KVP – Kampfgruppen der Partei – GST, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 272, o. Bl.

95 Abteilung Internationale Verbindung, Bericht vom 18.11.1955; Betr.: Anerkennung der iranischen Studenten als VdN, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

wurden, ohne dass die Gründe dafür näher dargelegt werden mussten. Derartige informelle Übereinkünfte lieferten zugleich immer auch den Ansatzpunkt für unausgesprochene Vorurteile, die jenseits der internationalistischen Ideologie der Kommunistischen Parteien lagen, in der alltäglichen Wirklichkeit aber die nötige Bestätigung zu bekommen schienen. So wurde dem ZK der SED aus Leipzig berichtet, dass die iranischen Emigranten offenkundig nicht den Erwartungen an antifaschistische Kämpfer entsprachen:

„[...] die iranischen Freunde im Verhältnis zu den Studenten anderer Nationen weniger positiv eingeschätzt. So gibt es z.B. Hinweise über sie wegen einer mangelhaften Studiendisziplin und wegen Vorkommnisse [sic] in moralischer Hinsicht. In den Räumen der ABF gab es sogar eine Schlägerei zwischen einem Iraner und einer deutschen Studentin, weil diese angeblich in seiner Abwesenheit mit einem anderen Iraner nähere Beziehungen unterhielt. [...] Es entstand der Eindruck, daß unsere iranischen Freunde möglichst alle studieren wollen oder bei einer gesundheitlichen Untauglichkeit zum Studium dann möglichst eine, für unsere Verhältnisse sehr hohe Rente (DM 400.-), beziehen möchten. [...] Bezüglich der Rentenforderungen der iranischen Freunde wurden diese hingewiesen [sic], daß ihr diesbezüglicher Vorschlag im Vergleich zu den derzeitigen Rentenberechnungen in unserer Republik zu hoch gestellt ist [...]“⁹⁶

Zum wiederholten Mal wird hier von den berichtenden SED-Funktionären selbst der Eindruck erweckt, dass die „polit. Emigranten“ ungerechtfertigt nach Privilegien strebten. Hinzu kommt, dass den iranischen Flüchtlingen all jene negativen Eigenschaften angelastet wurden, die „Fremden“ ohnehin zugeschrieben wurden: sie galten als unstetig, faul und raffgierig. Für die fremden Männer galt in dieser Gedankenwelt zusätzlich, dass sie den einheimischen Frauen ungebührlich nachstellen würden und schnell zu Ausbrüchen körperlicher Gewalt neigten.⁹⁷ Nach solchen Darstellungen rechtfertigte sich die vorgenommene unterschiedliche Bewertung der Emigranten nach ihrer Herkunft quasi von selbst. Als das Thema von Vertretern der Tudeh-Partei wieder aufgebracht wurde, argumentierten die Vertreter der SED allerdings mit dem Unverständnis, das eine derartige Privilegierung der iranischen Flüchtlinge bei der DDR-Bevölkerung hervorrufen müsse.⁹⁸ Es muss allerdings bezweifelt werden, dass die Bevölkerung überhaupt ausreichend Informationen über vergleichbare Hilfsleistungen hatte, die ihren Unmut hätten stützen können. Vielmehr wurde hier die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung mit dem allgegenwärtigen Mangel im SED-Staat der späten 1950er Jahre kurzerhand zum fremdenfeindlichen Komplex umgedeutet.⁹⁹ Man könnte diese Auskunft gegenüber der Tudeh-Partei aber auch als subtile Drohung auf-

96 Abteilung Internationale Verbindung, Bericht über die iranische Emigration in Leipzig vom 14.12.1956, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

97 Hier lassen sich eindeutige Parallelen zu den Ergebnissen der modernen Antisemitismusforschung erkennen, vgl.: Wolfgang Benz/Angelika Königseder (Hg.), *Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung*, Berlin 2002.

98 Schreiben von Peter Florin vom 2.7.1959, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, an das Zentralkomitee der Tudeh-Partei des Iran, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

99 Vgl. Jan C. Behrends/Dennis Kuck/Patrice G. Poutrus, *Fremd-Sein in der staatssozialistischen Diktatur. Zu historischen Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und rassistischer Gewalt in den neuen Bundesländern*, in: Susan Arndt (Hg.), *Afrikabilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*, Münster 2001, S. 184–204. Vgl. dazu auch den Beitrag von Jonathan Zatin in diesem Band.

fassen, denn was die tatsächliche oder vermeintliche Privilegierung von Fremden anging, waren sich die SED-Funktionäre im ZK-Apparat der negativen Reaktionen in der DDR-Bevölkerung fünfzehn Jahre nach Ende des Zweiten Krieges offensichtlich sehr sicher.

In der Folgezeit stellte sich auch für die mit den iranischen Emigranten beschäftigten SED-Funktionäre heraus, dass die Probleme mit diesen Flüchtlingen weniger aus deren fremdem Wesen als vielmehr aus dem schwierigen Übergang von der Illegalität in die Emigration resultierten. Insbesondere die großbürgerliche und teilweise auch aristokratische Herkunft der in der DDR aufgenommenen Tudeh-Mitglieder forderte von den Flüchtlingen eine erhebliche Anpassungsleistung und überforderte offenkundig die Fürsorgebereitschaft der Institutionen des SED-Staates.¹⁰⁰ Hinzu kam, dass in der Emigration auch unter den iranischen Flüchtlingen politische Differenzen aufbrachen. Die Reaktion der SED-Funktionäre macht deutlich, dass die DDR-deutschen Kommunisten den Emigranten in ihrer unübersichtlichen Lebenslage einzig Disziplin und Duldsamkeit zu empfehlen wussten.

„Unsererseits wurde dargelegt und darauf hingewiesen, dass all diese Dinge in erster Linie Angelegenheiten ihrer eigenen Partei sind, die auch innerhalb ihrer Parteiorganisation geklärt werden können und geklärt werden müssen. Wir haben darüber hinaus darauf hingewiesen, dass das Leben von den Genossen in einem anderen Lande während der Zeit, in der ihre Partei in der Illegalität lebt, Besonderheiten und auch manchmal Entscheidungen mit sich bringen kann und wird, die nicht allen demokratischen Gepflogenheiten entsprechen [...]“¹⁰¹

Erstaunlicherweise wies gerade die Führung der Tudeh-Partei den hilflosen SED-Genossen einen Ausweg aus den unübersichtlichen Verhältnissen der iranischen „polit. Emigranten“ in der DDR. Aus Gründen der Konspiration schlugen die iranischen Funktionäre vor, die in der DDR lebenden Emigranten nicht länger in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Stattdessen sollten die iranischen Flüchtlinge in eigenen Wohnungen leben und in der DDR-Gesellschaft vollständig aufgehen. Auch sollten insbesondere die Frauen einen Beruf erlernen, damit sie später in einem „befreiten“ Iran auch selbständig arbeiten könnten. Die Emigranten sollten im SED-Staat gleichsam unsichtbar werden, und obwohl dieser Vorschlag den praktischen Vorstellungen entsprach, die SED und DDR-Bevölkerung von der Integration von Fremden als Assimilation hatten, fanden die DDR-Genossen spezifische Einwände:

„Genosse B. habe den iranischen Genossen auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die den Frauen daraus entstehen, er hat einmal auf die wirtschaftliche Belastung und auch auf politische Gründe hingewiesen, vom Standpunkt der Kontrolle und der Erziehung.“¹⁰²

Trotz dieser xenophoben Kontrollsucht gegenüber den „polit. Emigranten“ kam die Parteiführung der SED dem Vorschlag der iranischen Parteiführung nach. Die iranische Emigration ging nicht nur in der DDR-Gesellschaft auf, sondern verschwand auch aus den Quellen der Staatspartei. Mit einer bezeichnenden Ausnahme: 1960 beschwerte sich Hanna Wolf, die

100 Abteilung Internationale Verbindung, Bericht über die iranische Emigration in Halle, o. D., DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

101 Schreiben vom 9.3.1957 vom 2. Bezirkssekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt an das Sekretariat des ZK der SED, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

102 Abteilung Internationale Verbindung, Bericht über die iranische Emigration in Halle vom 26.3.1957, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

ehemalige Justizministerin der DDR und zu diesem Zeitpunkt mit der Leitung der SED-Parteihochschule beauftragt, über das in ihren Augen inakzeptable Verhalten eines iranischen Genossen. Dieser hatte bereits vier Jahre an der Kadenschmiede studiert und keinen Versuch unternommen, zu einem Abschluss zu kommen. In den Augen der strammen Kommunistin war dieser Mann ein Faulenzer und Taugenichts, der auf Kosten der SED ein ruhiges Leben führen wollte. Obwohl diese Einschätzung auf einen möglicherweise wenig willensstarken oder einfach leichtsinnigen Charakter des Emigranten schließen lassen könnte, ging es Frau Wolf um mehr:

„[...] Ich glaube es wäre wichtig, wenn die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen bei der Delegierung ausländischer Genossen, besonders aus kolonialen und halbkolonialen Ländern, wie es in diesem Fall ist, darauf achtet, daß wirklich klassenbewußte Arbeiterelemente zur Parteihochschule geschickt werden [...]“¹⁰³

Nicht die persönlichen Schwächen machten also den iranischen Emigranten in den Augen von Hanna Wolf zum schlechten Genossen, sondern seine doppelt mangelhafte Herkunft. Er kam aus keinem Industrieland und war nicht proletarischer Abstammung. Hier offenbart sich sehr anschaulich der Zusammenhang von kommunistischer Ideologie und nationalistischen bzw. rassistischen Gesellschafterklärungen.¹⁰⁴

Dass diese Sichtweise mehr als nur die persönliche Abneigung einer verbitterten Stalinistin in der DDR war, zeigte sich schon ein Jahr zuvor, am Beispiel dreier ägyptischer Seeleute, die – unabhängig von jeglichen Parteibeziehungen – in der DDR um Asyl nachsuchten. Die DDR-Polizeibehörden verbrachten sie nach der Flucht von ihren jeweiligen Schiffen in ein Aufnahmelager in Molkenberg in Mecklenburg. Gemeinsam war ihnen, dass sie angaben, Mitglieder der kommunistischen Partei Ägyptens zu sein. Zwei von ihnen entwarfen gemeinsame Pläne für einen Umsturz gegen Präsident Gamal Abdel Nasser und begründeten dieses abenteuerliche Unternehmen mit dem Verfolgungsdruck des Nasser-Regimes gegen die eigene Partei. Dieser war den SED-Funktionären zwar durchaus bekannt, doch galten ihnen die beiden Ägypter trotzdem als gefährliche Provokateure. Nicht ihre Verschwörungspläne allein machten die beiden ägyptischen Asylsuchenden zu verdächtigen Personen, sondern der Umstand, dass mit ihren terroristischen Plänen die Beziehungen zum ägyptischen Diktator und seinen arabischen Verbündeten gefährdet worden wären. Auch hatten sie keine vertrauenswürdige Herkunft:

„[...] Zur Einschätzung der beiden Offiziere ist zu bemerken, daß sie aus bürgerlichen Kreisen stammen, ein arrogantes und anmaßendes Wesen an den Tag legen. Sie

103 SED-Hausmitteilung vom 3.11.1960 der Abteilung für Kaderfragen an Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 362, o. Bl.

104 Vgl. bspw. Terry Martin, *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca u.a. 2001; ders., *Modernization or Neo-Traditionalism? Ascribed Nationality and Soviet Primordialism*, in: Sheila Fitzpatrick (Hg.), *Stalinism. New Directions*, London u.a. 2000, S. 348–367; Renata Salecl, *National Identity and Socialist Moral Majority*, in: Geoff Eley/Ronald Grigor Suny (Hg.), *Becoming National. A Reader*, New York u.a. 1996, S. 418–425. In der deutschen Forschung wesentlich Jörg Baberowski, „Entweder für den Sozialismus oder nach Archangel’sk!“ *Stalinismus als Feldzug gegen das Fremde*, in: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen* 50 (2000), H. 6, S. 617–637. Jüngst ausführlich dazu ders., *Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003.

lehnen eine praktische Arbeit ab und setzen alles daran, um ihren sogenannten Plan verwirklichen zu können. Es liegt nahe, daß beide provokatorische Absichten gegen die DDR und SU haben, um die Beziehungen dieser beiden Länder zu Ägypten zu stören.“¹⁰⁵

Da aber nach Rundfunkverlautbarungen die Flüchtlinge inzwischen durch die ägyptische Gerichtsbarkeit in ihrer Heimat als Spione für den Osten zum Tode verurteilt und ihnen auch die ägyptische Staatsangehörigkeit abgesprochen worden war, konnten sie von den DDR-Behörden unmöglich in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. In den außenpolitischen Plänen des SED-Staates spielten sie jedoch keinerlei Rolle, weshalb es ihnen offen stand, entweder die DDR in Richtung Westen zu verlassen oder aber den Weg der iranischen Emigranten zu gehen und möglichst unsichtbar in der DDR-Gesellschaft aufzugehen.

4. Der Algerienkrieg als Bürgerkrieg in der DDR

In den späten 1950er Jahren sah die SED-Führung im sich dynamisierenden Prozess der Dekolonisation die entscheidende Chance zur Durchbrechung ihrer außenpolitischen Isolation außerhalb des Ostblocks.¹⁰⁶ Diesem Ziel diente auch die Unterstützung der algerischen Unabhängigkeitsbewegung während des Algerienkrieges¹⁰⁷ und die damit verbundene, vergleichsweise eher unkoordinierte Aufnahme von algerischen Flüchtlingen in der DDR. Die Aufnahme dieser Emigranten stellte die Staatspartei vor zwei sehr unterschiedliche Probleme. Zum einen war die DDR-Gesellschaft nicht im Geringsten auf die Ankunft dieser außereuropäischen Emigranten eingestellt. Zum anderen wurde der SED-Staat so fast zwangsläufig zum Schauplatz der inneren Konflikte, die sich auf algerischer Seite während des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit auch schon in Frankreich abgespielt hatten.¹⁰⁸

Ende 1958 befanden sich insgesamt 87 algerische Flüchtlinge in der DDR. Davon waren zu diesem Zeitpunkt noch 35 Personen im Aufnahmelager Fürstenwalde untergebracht, während 52 Emigranten bereits an der KMU in Leipzig studierten. Diejenigen Algerier, die noch in Fürstenwalde untergebracht waren, waren erst im Verlauf des Monats Dezember 1958 via Bundesrepublik aus Frankreich in die DDR gekommen. Nach Überprüfungen der Asylsuchenden durch das MdI und das MfS wurden sechs Algerier wieder nach Westdeutschland abgeschoben. Die anderen Flüchtlinge sollten über das Gebiet der DDR verteilt werden, um in ihren Berufen arbeiten zu können. In diesem Zusammenhang kam es zwischen dem DDR-Polizeiministerium MdI und dem Geheimdienstministerium MfS zu einem bemerkenswerten Konflikt. Während das für alle Pass- und Meldeangelegenheiten zuständi-

105 Abteilung Internationale Verbindungen, Bericht vom 1.6.1959 über drei ägyptische Staatsangehörige, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 51, o. Bl.

106 Vgl. Joachim Scholtyseck, *Die Außenpolitik der DDR*, München 2003.

107 Zum Algerienkrieg allgemein vgl. Anthony Clayton, *The Wars of French Decolonization*, London 1994.

108 Zu diesen Konflikten und ihrer gewaltsamen Austragung in der französischen Hauptstadt vgl. Marcel Streng, *Abrechnungen unter Nordafrikanern? Algerische Migranten im Alltag der französischen Gesellschaft während des Algerienkriegs (1954–1962)*, in: *WerkstattGeschichte* 12 (2003), Nr. 35, S. 57–80.

ge Mdi ein ordentliches Prüfungsverfahren der Asylanträge durchführen wollte, war das MfS wohl aus nicht unberechtigter Angst vor Anschlägen durch Angehörige der algerischen FLN bereit, alle über die Bundesrepublik eingereisten Asylsuchenden umgehend wieder zurückzuschicken. Immerhin galten diese Algerier als problematisch, da keiner von ihnen Mitglied der KP war.¹⁰⁹ Allerdings kam es aus den oben genannten Gründen zu keinen weiteren Abschiebungen. Auch die Befürchtungen der DDR-Geheimdienstler trafen nicht ein.

Weit weniger reibungslos verlief die Eingliederung der algerischen Emigranten in die Arbeitswelt der DDR. Beispielhaft kann dies hier an der Entwicklung im Zwickauer VEB Sachsenring gezeigt werden. Dort waren 1960 neun algerische und zwei marokkanische Arbeiter beschäftigt. Von der Betriebsleitung erhielten die Emigranten neue Arbeits- und Alltagsbekleidung, nach der Arbeit wurden für sie Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache angeboten. Als ernstes Problem erwies sich die Unterbringung der Asylsuchenden. Sie wurden in Privatquartieren in der Stadt untergebracht. Es stellte sich jedoch heraus, dass diese möblierten Zimmer zum Teil keine ausreichenden Schlafgelegenheiten aufwiesen und einige von ihnen zudem nicht beheizbar waren. Dieser Mangel war für die verantwortliche Betriebsleitung nur am Rande erwähnenswert. Vielmehr sah man durch den unkontrollierten Kontakt der ausländischen Männer mit der einheimischen weiblichen Bevölkerung die örtliche Moral in Gefahr gebracht:

„Auf sexuellem Gebiet sind die Schwierigkeiten noch größer. Es ist keine Seltenheit, dass im Zeitraum von 14 Tagen 3 verschiedene Frauen bei einem algerischen Kollegen nächtigen. Aus diesem Grunde kamen wiederholte Beschwerden von den Wohnungsinhabern zu uns.“¹¹⁰

Bei solchen privaten Anpassungsproblemen sollte es aber nicht bleiben. Nach Aussagen der Betriebsleitung hatten alle Algerier einen Arbeitsplatz, der ihrer beruflichen Qualifikation entsprach. Dennoch kam es im Werk zu ständigen Auseinandersetzungen um die Arbeitsleistung, die Qualifikation und die entsprechende Bezahlung der algerischen Kollegen. Höchst unterschiedliche Erwartungen trafen hier aufeinander. Während das betriebliche Leitungspersonal, bis hin zu den unmittelbar vorgesetzten Meistern, von den algerischen Arbeitern eine uneingeschränkte Verfügbarkeit für jegliche Produktionsarbeit forderte, versuchten die algerischen Emigranten, den Aufenthalt in der DDR zur individuellen Qualifikation oder für maximales Erwerbseinkommen zu nutzen. Diese unterschiedlichen Perspektiven auf die Arbeit der Algerier in dem VEB führten zu regelrechten Zielkonflikten, die in gegenseitigen Vorwürfen mündeten. Während von deutscher Seite der mangelnde Einsatz für das Betriebsergebnis als schlechte Arbeitsmoral gedeutet wurde, sahen sich einige Algerier ungerecht behandelt, da man ihnen bei der Ankunft Versprechungen gemacht hatte, die in ihren Augen nun mutwillig nicht eingehalten wurden. Auch häuften sich Beschwerden

109 Abt. für Kaderfragen, Aktennotiz vom 31.12.1958; Betr.: Algerier, die in die DDR kommen und um Asylrecht ersuchen, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 355, o. Bl.

110 VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau, Schreiben vom 1.2.1960 an das ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindung; Betr.: Eure Schreiben vom 6. November 1959 und 10. Dezember 1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 355, o. Bl.

über das Betriebsessen, das ganz auf Schweinefleisch basierte und für Menschen aus einer muslimischen Kultur somit vollständig inakzeptabel war.¹¹¹

Die Folge waren ständige Vergleiche mit den Verhältnissen in Frankreich, bei denen die DDR in den Augen der Algerier nicht gut abschnitt, Drohungen, in den Westen auszuweichen und schließlich Arbeitsverweigerungen auf der Seite der algerischen Arbeiter. Diese Probleme blieben der deutschen Belegschaft des volkseigenen Betriebes natürlich nicht verborgen und trafen hier auf reines Unverständnis und Ablehnung, die schließlich in einer Schlägerei im Speisesaal mündete. Der Anlass dafür war die Behauptung einiger deutscher Arbeiter, die algerischen Kollegen hätten sich unrechtmäßig auf für sie nicht bestimmte Plätze gesetzt. Konsequenz dieser tätlichen Auseinandersetzung war eine Aussprache mit den deutschen Arbeitern. Im Unterschied zu dieser Art der gesprächsorientierten Konfliktlösung wurde ein algerischer Arbeiter aus der DDR abgeschoben, nachdem er eine gewalttätige Auseinandersetzung mit Hausbewohnern verursacht haben soll. Gegenstand der Auseinandersetzung war „wiederholter Damenbesuch“ bei diesem Mann, was sein moralisches Versagen belegen sollte und die Abschiebung gerechtfertigt erscheinen ließ. Nach diesen Vorfällen konnte die Betriebsleitung sich selbst aber attestieren, dass sich das Verhältnis zu den Algeriern verbessert hatte.¹¹²

Eine derartige Problemlösung lag ganz auf der Linie des ZK-Apparates in Berlin. Hier war man schon sehr früh der Meinung, dass die Schwierigkeiten mit den arabischen Emigranten durch Androhung und Vollzug der Abschiebung geregelt werden sollten:

„Bei den wenigsten von ihnen handelt es sich doch um Kommunisten. [...] Selbstverständlich müssen wir internationale Solidarität üben. Das bedeutet aber nicht, daß wir das Abenteuerum [sic] oder die Reiselust einzelner Kollegen unterstützen können. Es muß eine beharrliche Erziehungsarbeit geleistet und ihre Existenz gesichert werden. Wenn es ihnen dann trotzdem bei uns nicht gefällt, dann werden wir keine Hindernisse in den Weg legen beim Verlassen unserer Republik [...]“¹¹³

Angesichts der Fluchtwelle aus der DDR im Jahr 1960 kann eine derartige Ankündigung nur bedeuten, dass für die verantwortlichen Funktionäre in der Parteizentrale der SED die Emigration von Algeriern in der DDR längst keine internationalistische Verpflichtung mehr darstellte. Eher war sie zu einer Belastung geworden, deren Nutzen für den SED-Staat kaum noch erkennbar war. Damit stimmte die Sichtweise der verantwortlichen Leitungskader mit der Einstellung jener gewalttätigen Arbeiter aus Zwickau überein: Wenn die Fremden nicht da wären, hätte es auch keine Probleme gegeben. Dieses Argumentationsmuster fand in der DDR-Gesellschaft später wiederholt Anwendung bei Konflikten mit algerischen Arbeitsmigranten.¹¹⁴

Diese Perspektive auf die algerischen Emigranten in der DDR erhielt durch die inneralgerischen Konflikte während des Algerienkrieges in den Augen der verantwortlichen Partei-

111 Feststellungen zum Aufenthalt von Algeriern in Zwickau und Magdeburg, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 355, o. Bl.

112 Ebd.

113 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Schreiben vom 28.2.1960; Betr.: Algerien und Marokkaner an BPO des VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 355, o. Bl.

114 Vgl. dazu Almut Riedel, Erfahrungen algerischer Arbeitsmigranten in der DDR, „...hatten ooch Chancen, ehrlich“, Opladen 1994.

funktionäre unverhofft eine weitere Bestätigung. Plötzlich war die SED durch die Unterstützung der algerischen Kommunistischen Partei und die gleichzeitige Aufnahme von Vertretern der algerischen Befreiungsfront (FLN) in der DDR zwischen die inneralgerischen Fronten des Algereinkrieges geraten. Offenkundig war es dem SED-Staat gelungen, in der entscheidenden Phase dieses Konfliktes seine Beziehungen zur künftigen FLN-Regierung so auszubauen, dass die algerischen Kommunisten sich davon unmittelbar bedroht sahen. Auslöser solcher Befürchtungen in den Reihen der „algerischen Genossen“ war eine Regierungsvereinbarung zwischen der provisorischen FLN-Regierung in Tunis und der DDR, in welcher der FLN ein Entscheidungsmonopol in allen Fragen der Entsendung von algerischen Bürgern in die DDR eingeräumt wurde. De facto stellte diese Übereinkunft eine Infragestellung der Sonderbeziehungen zwischen der algerischen KP und der SED dar und gefährdete in den Augen der algerischen Kommunisten auch die persönliche Sicherheit der bereits in der DDR aufgenommenen Parteimitglieder.¹¹⁵

Nach den Informationen, die im ZK der SED bekannt waren, resultierte das Misstrauen der algerischen Kommunisten aus dem Verlauf des Algerienkrieges, in dem die FLN auch mit gewaltsamen Mitteln versuchte, die nationale Unabhängigkeitsbewegung zu monopolisieren. Die algerische KP hatte sich dennoch als einzige Partei am Beginn des Algerienkrieges 1954 nicht aufgelöst bzw. war nicht in der FLN aufgegangen und wurde deshalb von der algerischen Befreiungsfront bekämpft.¹¹⁶ Tatsächlich tat die algerische Exilregierung genau das, was die algerischen Kommunisten befürchteten hatten. Schon nach kurzer Zeit wurden einige Studenten aus der DDR in das tunesische Exil zurückgerufen. Unter diesen waren auch drei Studenten, für deren Verbleiben in der DDR sich die algerische „Bruderpartei“ mit Erfolg einsetzte, da die KP im Falle ihrer Rückkehr um ihre Sicherheit fürchtete. Allerdings mussten die drei Studenten ihr Studium abbrechen und eine Beschäftigung in einem VEB aufnehmen. Ihre Ausbildung konnten sie zwar in Form eines Fernstudiums fortsetzen. Auf keinen Fall aber sollten die ehemaligen ausländischen Studenten und neuen Asylsuchenden an der KMU in Leipzig bleiben, um möglichen Konflikten mit den FLN-Vertretern aus dem Weg zu gehen und so die DDR vor außenpolitischen Unannehmlichkeiten zu bewahren.¹¹⁷

Damit waren aber die Probleme mit der importierten Algerienfrage für die SED noch nicht beendet. Ein auf Einladung des FDGB in Ost-Berlin lebender Funktionär der FLN-Einheitsgewerkschaft UGTA agierte mit finanzieller Unterstützung der DDR-Einheitsgewerkschaft als Vertreter der algerischen Exilregierung. Er mischte sich in die Angelegenheiten der algerischen Studenten und Arbeiter in der DDR ein und bemühte sich offenkundig darum, die algerischen Kommunisten zu isolieren, die sich darüber bei der SED beschwerten:

„Nach unserer Ansicht ist es das viel begehrte Ziel des FLN, vor allem den sowohl in Studenten- als auch in Arbeiterkreisen spürbar werdenden Einfluß der KPA [sic] zu

115 Aktennotiz vom 7.7.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 353, o. Bl.

116 Information über eine Aussprache mit führenden Genossen der KP Algeriens, o. D., SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 353, o. Bl.

117 Notiz vom 19.10.1960; Betr.: Algerische Studenten, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 353, o. Bl.

verhindern. Deshalb versucht der FLN um jeden Preis, einen Mann an Ort und Stelle zu haben, um dieses Ziel zu verwirklichen. [...]“¹¹⁸

Für die SED-Kader entstand daraus eine anhaltend schwierige Situation, die weit über die konkreten Probleme mit den algerischen Kommunisten hinausging. Auf der einen Seite stellte sich bald heraus, dass die Beziehungen zur FLN gestört werden könnten, wenn dem Verlangen auf Rückführung der algerischen Studenten nicht nachgegeben wurde.¹¹⁹ Auf der anderen Seite wollte man verhindern, dass in der DDR algerische Untergrundstrukturen entstanden, die sich gänzlich der Kontrolle des SED-Staates entzogen.¹²⁰ Als über das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in Erfahrung gebracht wurde, dass die Rückberufung der Studenten in erster Linie der Verstärkung der algerischen Befreiungsarmee dienen sollte, stand die Staatspartei wieder vor einem ernstem Problem, denn man wollte den Unabhängigkeitskampf des algerischen Volkes unterstützen,¹²¹ zugleich aber auch die AKP nicht den FLN-Repressalien ausliefern. Besonders an der Gewerkschaftshochschule des FDGB hatte sich gezeigt, dass gerade jene Studenten von der FLN zur Ausreise aus der DDR aufgefordert wurden, die in den Augen der SED-Funktionäre als zuverlässig galten oder sich gar als Kommunisten zu erkennen gaben.¹²² Die Lösung für dieses Problem lag in einem merkwürdigen Formelkompromiss zwischen den algerischen Kommunisten und ihren DDR-deutschen Genossen. Das SED-Politbüro räumte darin ein, dass die Hegemonie der FLN die Existenz der KPA gefährdete und das dem Treiben ihrer Vertreter in der DDR nicht einfach zugesehen werden sollte:

„Die Tätigkeit des UGTA-Vertreters [...] unter den algerischen Bürgern wirkt sich negativ aus. K. veranlasste, dass algerische Bürger nach Westdeutschland, Tunis und Marokko gingen. Er versucht, alle Algerier in der DDR unter die absolute Kontrolle der FLN zu bringen. [...] In diesem Zusammenhang wurde Übereinstimmung erzielt, dass von Seiten der DDR die Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationen weiterentwickelt werden. Gleichzeitig muss aber stets zu Machenschaften negativer Elemente eine feste und klare Position bezogen werden.“¹²³

Im Klartext bedeutete dies aber auch, dass der genannte FLN-Vertreter die DDR verlassen musste, ohne dass seine Forderung nach der Rückkehr von algerischen Studenten nach Nordafrika zurückgewiesen wurde. Damit blieben die Beziehungen zwischen der DDR und der FLN intakt und der SED-Staat sicherte sich formal die alleinige Kontrolle über die bei ihm anwesenden Algerier. Dies geschah, obwohl die SED-Führung die daraus entstehende Gefahr für die KPA durchaus erkannte. Den in der DDR studierenden algerischen Kommu-

118 Kommunistische Partei Algerien – Auslandsdelegation, Schreiben vom 1.11.1960 an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 353, o. Bl.

119 Aktenvermerk vom 12.11.1960; Betr.: Algerische Studenten, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 355, o. Bl.

120 Notiz vom 15.11.1960; Betr.: Algerische Studenten und Koll. K., A., SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 353, o. Bl.

121 Aktenvermerk vom 19.11.1960; Betr.: Studienabbruch algerischer Studenten, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 355, o. Bl.

122 Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Algeriens, Schreiben vom 12.1.1961 an Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 355, o. Bl.

123 Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Vorlage an das Politbüro vom 14.4.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 353, o. Bl.

nisten blieb unter diesen Bedingungen nichts weiter übrig, als sich mit einer Duldung im SED-Staat zu begnügen und auf dem vorgezeichneten Weg in der Anonymität des DDR-Alltags unterzutauchen. Zugleich hatte sich für die SED als politischer Partner der Zukunft die FLN eindeutig durchgesetzt. Ähnlich wie im griechischen Fall kann der sich hier ganz praktisch abzeichnende Übergang weg von der internationalistischen Unterstützung der einzelnen kommunistischen Parteien hin zur weit reichenden Zusammenarbeit mit antikolonialen Befreiungsbewegungen bzw. den aus ihnen hervorgehenden antiwestlichen Regierungen so genannter „Junger Nationalstaaten“ als weiteres Indiz für den Abschied der SED von weltrevolutionären Zukunftshoffnungen und eine Hinwendung zu einer von nationalstaatlichen Interessen geleiteten Außenpolitik angesehen werden.

5. Der schwierige Übergang vom Internationalismus zum Antiimperialismus: Das Beispiel Südafrika

Der sich hier abzeichnende Positionswechsel wurde in der marxistisch-leninistischen Ideologie der SED niemals als solcher begründet, sondern als notwendige Vorstufe für eine in fernerer Zukunft liegende globale Umwälzung hin zum Kommunismus erklärt.¹²⁴ Trotzdem war für die SED-Führung nicht die Unterstützung der Dekolonisierung an sich von maßgeblichem Interesse. Vielmehr waren die erhoffte diplomatische Anerkennung des SED-Staates und der Gewinn neuer außenpolitischer Partner das eigentliche Ziel dieser Politik. Hier sah man ein Feld der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik,¹²⁵ auf dem diese sich durch ihr Bündnis mit den westlichen Kolonialmächten Großbritannien und vor allem Frankreich in der Defensive zu befinden schien:

„Die Deutsche Demokratische Republik verwirklicht eine Politik des engsten Kampfbündnisses mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. [...] Der Bonner Staat der imperialistischen Monopole und Militaristen ist der Verbündete der imperialistischen Kolonialmächte. [...] Der Kampf gegen den westdeutschen Neokolonialismus in all seinen Erscheinungsformen ist für die Deutsche Demokratische Republik nationale und internationale Pflicht und gebieterische Notwendigkeit. Ohne diesen Kampf kann es keine wirkungsvolle Unterstützung für die um nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völker geben. Durch ihn helfen wir den ehemaligen Kolonialvölkern und der nationalen Befreiungsbewegung, die Gefahr des westdeutschen Neokolonialismus zu erkennen und sich vor ihr zu schützen [...]“¹²⁶

Relativ kurzfristig zeigte sich aber für die DDR-deutschen Kommunisten, dass die übersichtliche Einteilung der Welt in reaktionäre Imperialisten auf der einen und progressive

124 Information über den Stand der Entwicklung der marxistischen Kräfte in Afrika südlich der Sahara, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 15, o. Bl.

125 Vgl. Detlef Nakath, Außenpolitik, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stepan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 263–276.

126 Abteilung Internationale Verbindungen, Entwurf, Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgruppe „Kampf gegen den Kolonialismus“ vom 8.10.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 14, o. Bl.

Antiimperialisten auf der anderen Seite die weltpolitische Wirklichkeit auf dem Höhepunkt der Dekolonisierung nicht einmal annähernd treffend beschrieb. Selbst aus der Perspektive der sozioökonomischen Welterklärungen des Marxismus-Leninismus war die Situation außerhalb Europas und Nordamerikas uneinheitlich bis unübersichtlich. Insbesondere die Hoffnung auf eine sich rasch entwickelnde Arbeiterklasse in den Ländern der „Dritten Welt“ erfüllte sich nicht.¹²⁷

Hierin liegt nicht nur eine zusätzliche Erklärung für die frappierende Herabsetzung der algerischen KP. Zugleich wird besser verständlich, warum die für die Außenbeziehungen der Staatspartei zuständigen SED-Kader trotz solcher Kurswechsel allergrößten Wert auf exklusive Beziehungen zu den Kommunisten Südafrikas legten. Am Kap der guten Hoffnung schien die Welt des revolutionären Klassenkampfes für die DDR-deutschen Kommunisten klar und zukunftsweisend geordnet. Die politischen Verhältnisse im Apartheid-Staat erschienen wie eine Wiederkehr des europäischen Faschismus. Insbesondere die ökonomischen Verhältnisse in Südafrika und der überragende Einfluss westlicher Großunternehmen erschienen wie eine Bestätigung der entsprechenden Dimitroff-Thesen. Hinzu kam, dass der explizite Einfluss der südafrikanischen KP auf den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) wie eine Bestätigung der „Zwei-Lager-Theorie“ aus der Hochzeit des Kalten Krieges wirkte.¹²⁸ Allerdings zeigten sich die südafrikanischen Kommunisten gegenüber der DDR-Staatspartei höchst selbstbewusst und wollten sich nicht automatisch mit der SED in einem Lager vereint sehen. Vielmehr wollten die Vertreter der KPSA mit den DDR-Kommunisten erst dann offizielle Beziehungen aufnehmen, wenn diese zuvor ihre nachweisbar vorhandenen und in den südafrikanischen Medien kommentierten Wirtschaftsbeziehungen zu Unternehmen der Republik Südafrika vollkommen abbrechen:

„Die Südafrikanische Regierung hat die Tatsache dieses Handels in ihrer Propaganda ausgenutzt, um zu behaupten, daß die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik so wie auch andere sozialistische Länder an dem Kampf und der Verpflichtung unseres Volkes nicht interessiert seien. [...] Wir legen eine Fotokopie eines Berichtes der gewöhnlich glaubwürdigen Johannesburger ‚Sunday Times‘ vom 19. Mai 1963 bei, der sich auf dieses angebliche Waffenangebot aus osteuropäischen sozialistischen Ländern bezieht. Wir sind nicht in der Lage, diese Berichte zu überprüfen. Wenn diese Berichte fabriziert und unwahr sind, wie wir erwarten und aufrichtig hoffen, betrachten wir es jedoch als absolut notwendig, daß Ihre Regierung in einer öffentlichen Stellungnahme diese Berichte zurückweist und ihre wirkliche Haltung, ihre Politik zu Handels- und anderen Beziehungen mit der Republik Südafrika darlegt. [...] Wir sind überzeugt, solange dies nicht geschieht, wird die Bevölkerung unseres Landes und der anderen afrikanischen Länder diese

127 Bericht über eine wissenschaftliche Konferenz der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ vom 4.–7. September 1961 in Prag zu dem Thema: „Wege der ökonomischen Entwicklung der vom Kolonialjoch befreiten Länder“, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 37, o. Bl.

128 Vgl. dazu Jan Foitzik, Die Bildung des Kominformbüros im Lichte neuer Quellen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 40 (1992), S. 1109–1126.

Berichte für wahr halten und ihre eigenen Schlußfolgerungen über die Politik Ihrer Partei und Regierung ziehen.“¹²⁹

Hier offenbarte sich ein für den SED-Staat grundlegender politischer Zielkonflikt. Ideologisch sah man sich als Bestandteil oder sogar Kern einer weltweiten antiimperialistischen Unabhängigkeitsbewegung. Ökonomisch war die DDR-Planwirtschaft hingegen vom imperialistischen Westen, zu dem die Südafrikanische Republik nicht zu unrecht gezählt wurde, alles andere als unabhängig.¹³⁰

In diesem Fall profitierte die DDR von den Außenhandelsbeziehungen mit Südafrika schon längere Zeit ganz allgemein durch den Erwerb von so genannten „Deviseneinnahmen“ und im Besonderen durch den günstigen Ankauf von Futtermitteln, die in der Landwirtschaft benötigt wurden. Deshalb waren die internationalen Forderungen nach einer Einschränkung des Handels mit der Republik Südafrika in der Außenhandelspraxis der DDR zunächst nicht beachtet worden. Tatsächlich war es im Rahmen dieses Außenhandels auch zum Verkauf von Jagdwaffen und sogar zur Bereitstellung von Handelsschiffen für westdeutsche Unternehmen gekommen. Angesichts der von den afrikanischen Staaten hervorgebrachten Forderung nach einem internationalen Boykott der Südafrikanischen Republik und der deshalb erhöhten internationalen Aufmerksamkeit für den Handelsaustausch mit dem Apartheid-Regime schien der ökonomische Nutzen dieser Außenhandelspraxis jedoch in keinem Verhältnis zum Verlust an moralischem Ansehen für die DDR zu stehen. Deshalb kam man im ZK der SED zu der Auffassung, dass die DDR-Behörden die Außenhandelsbeziehungen mit Südafrika endgültig aufkündigen mussten.¹³¹ Nach dem problematischen Verlauf dieser Episode der Außenbeziehungen der DDR glaubten die Verantwortlichen SED-Kader allerdings, sofort und ohne Weiteres wieder zu ihrer antiwestlichen Propaganda zurückkehren zu können:

„Durch den Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der Republik Südafrika ist ein entscheidendes Hindernis für die Aktivierung der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien beiseite geräumt. Für die Verstärkung unserer Arbeit nach Afrika überhaupt, sind die Beziehungen zur KPSA nach folgenden Gesichtspunkten zu entwickeln: 1. Hilfe für die KPSA im Kampf gegen das rassistisch-faschistische Verwoerd-Regime. 2. Die Beziehungen zu aktivieren mit dem Ziel: durch die Entlarvung des Imperialismus und Neokolonialismus Bonns den Einfluß der DDR in Afrika zu verstärken.“¹³²

Nur kurz zuvor lief der SED-Staat noch Gefahr, wegen aktiver Handelsbeziehungen zur Südafrikanischen Republik an den Pranger einer aufgeregten Weltöffentlichkeit gestellt zu werden, doch kaum war dieses Debakel eher unfreiwillig abgewendet worden, zeigte man sich sofort bereit, den Platz am Pranger den „Bonner Ultras“ zuzuweisen. Das lässt auf ein

129 Übersetzung eines Schreibens des Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Südafrikas vom 29.5.1963 an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 987, o. Bl.

130 János Kornai, *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus*, Baden-Baden 1995.

131 Hausmitteilung der Abteilung Internationale Verbindungen an W. Ulbricht vom 9.10.1963, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/20, Nr. 987, o. Bl.

132 Konzeption für die Entwicklung der Beziehungen mit der KP Südafrikas im Jahre 1964, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/20, Nr. 985, o. Bl.

erhebliches Maß an Selbstgerechtigkeit bei den DDR-deutschen Kommunisten schließen, insbesondere auch deshalb, weil ihre Hilfsangebote an die südafrikanischen Kommunisten lediglich ihre beschränkten Handlungsspielräume widerspiegeln. Dabei wird allerdings auch deutlich, dass das instrumentelle Verhältnis der DDR-Statspartei zu dem von ihr gewährten politischen Asyl und der unmittelbaren Unterstützung „antiimperialistischer Bewegungen“ die Grenzen zwischen diesen beiden Politikfeldern aufhob.

Angeboten wurden von Seiten der SED vor allem Sachleistungen zur Unterstützung des auswärtigen Propagandaapparats der KPSA, die Aufnahme von zwei südafrikanischen Kommunisten für einen längeren Erholungsaufenthalt in der DDR, der eine Universitätsausbildung einschließen sollte, und die Ausbildung von weiteren fünf bis zehn Funktionären der KPSA an den Hoch- und Fachschulen der DDR. Zusätzlich wollte die DDR-Statspartei den südafrikanischen Kommunisten noch eigens Propagandamaterial „zur Entlarvung des westdeutschen Imperialismus und Neokolonialismus“ zukommen lassen und ihre „Erfahrungen im Kampf gegen Faschismus, der Illegalität und der Gewinnung breiter antifaschistischer-demokratischer Kräfte“ zur Verfügung stellen.¹³³

Aus diesen wohl reichhaltig vorhandenen Erfahrungen ließen sich allerdings keine Einsichten ableiten und an das Personal des SED-Staates vermitteln, wie mit den in der DDR aufgenommenen südafrikanischen Schützlingen im Alltag umzugehen sei. Das lässt sich anhand eines frühen MfS-Bericht über eine Schlägerei zwischen afrikanischen Studenten und einheimischen Jugendlichen im Kreis Zwickau aus dem Jahr 1964 zeigen. Einleitend sah sich der Berichterstatter veranlasst festzustellen:

„Es konnte einwandfrei festgestellt werden, daß bis zum Zeitpunkt des Vorkommnisses ein gutes Verhältnis zwischen den anwesenden DDR-Bürgern und den ausländischen Studenten bestand und keine Anzeichen einer diskriminierenden Behandlung der Gäste wegen ihrer Hautfarbe auftraten.“

Was wie eine vorgeschaltete Schutzbehauptung anmutet, macht unfreiwillig auch deutlich, dass aus der Perspektive des Berichterstatters ohnehin eine ablehnende Haltung in der einheimischen Bevölkerung zu erwarten gewesen wäre. Dass es wegen des andersartigen Aussehens der afrikanischen Ausländer zu keinem früheren Zeitpunkt zu Auseinandersetzungen gekommen war, galt vorab schon als erstes Entlastungszeugnis für die Einheimischen und ließ sofort eine scheinbar klare Schuldzuweisung an die Fremden ins Zentrum der Berichterstattung rücken:

„Anlaß der tätlichen Auseinandersetzungen, die gegen 24.00 Uhr begann [sic] und mit wechselnder Intensität ca. eine Stunde andauerten, wurde ein Wortwechsel zwischen einigen afrikanischen Studenten und einigen DDR-Bürgern, bei dem es sich, nach den geführten Ermittlungen, um ein ungehöriges Verhalten des Studenten [geschwärzt] (Südafrikanische Union) gegenüber einer DDR-Bürgerin handelte.“

Es ging in der Wirtshausrauferei also um die Abwehr einer wohl verbindlichen und deshalb ungebührlichen Annäherung eines der südafrikanischen Studenten an eine einheimische junge Frau. Das galt für die MfS-Beamten wie für die handgreiflichen Verteidiger der weiblichen Ehre als illegitimes Verhalten von Fremden. Erstaunlicher- aber auch bezeichnenderweise wurde die betroffene Frau in dem Bericht weder als Opfer eines vermuteten Übergriffs noch als befragte Zeugin weiter angeführt. Der Vorfall selbst war für den Berichter-

133 Ebd.

statter eindeutig genug, um auf ein solches Vorgehen verzichten zu können, zumal zur Bestätigung seiner Sicht weitere, scheinbar eindeutige Indizien den afrikanischen Studenten belasteten:

„Nach Einschätzung seines Lehrers [geschwärzt] steht [geschwärzt] besonders unter dem Eindruck der Rassendiskriminierung in Südafrika und ist als Trinker und Schürzenjäger bekannt. Auch alle anderen Beteiligten standen zu diesem Zeitpunkt unter starken [sic] Alkoholeinfluß.“

Letzteres fand in der Beurteilung des Vorfalles jedoch keine Beachtung. Der als Schuldiger ausgemachte Fremde konnte – bedingt durch seine tragische Herkunft – zwar als bedauernter, aber dennoch übersensibler Kerl angesehen werden, dass er nun aber deshalb alkoholisiert war und in eben diesem Zustand auch noch einer deutschen Frau nachstellte, war keinesfalls tolerabel. Deshalb erschien es dem geheimen Berichtersteller auch höchst unverständlich, dass der vermeintliche Verursacher des Konflikts sogar noch Unterstützung in seinem Fehlverhalten erhielt.

„Die englisch sprechenden afrikanischen Studenten ergriffen die Partei von [geschwärzt] [...] Sie konnten erst, nach erfolglosen Schlichtungsversuchen der übrigen ausländischen Studenten, durch Einsatz der VP in ihre Unterkünfte gebracht werden. [...] Einige DDR-Bürger wurden von ihnen [den afrikanischen Studenten, P.P.] als Faschisten beschimpft.“

Obwohl in dieser Auseinandersetzung die Fronten entlang der jeweiligen Hautfarbe der Beteiligten verliefen, war die Beschimpfung „einiger DDR-Bürger“ als „Faschisten“ für die berichtenden Tschekisten eine nicht hinzunehmende Beleidigung und disqualifizierte die Handlungen der afrikanischen Studenten endgültig. Eine Untersuchung des Hintergrunds solcher Schmähungen hatte sich offenkundig für den MfS-Ermittler auf diese Weise gleich miterledigt. Desgleichen schienen zusätzlich eingeholte Informationen aus dem Umfeld der afrikanischen Studenten dazu beizutragen, dass dieser Vorfall nicht als fremdenfeindlicher oder rassistischer Ausbruch, sondern mit der moralischen Schwäche der ausländischen Studenten erklärt wurde:

„Nach Angaben des Wirtschaftsleiters der Jugendschule [an der die afrikanischen Studenten ihre Ausbildung erhielten, P.P.] war die Gruppe der englisch sprechenden Afrikaner schon vorher durch mangelhafte Disziplin und Bemängelung der Verpflegung und Unterkunft unliebsam in Erscheinung getreten. Der Delegationsleiter hatte, in Kenntnis früherer Schwierigkeiten mit der Gruppe, die Anweisung, negativ auftretende Delegationsmitglieder sofort nach B. zurückzuschicken [...]“¹³⁴

Diese tätliche Auseinandersetzung zwischen in der DDR studierenden Afrikanern und einheimischen Jugendlichen war zu dieser Zeit kein Einzelfall.¹³⁵ Dennoch sahen die verantwortlichen Kader des SED-Staates keine Chance, etwa durch eine klärende Aussprache oder einen anders gearteten Ausgleich den Konflikt beizulegen, sondern nur die Möglichkeit, die Situation durch die Absonderung der fremden Störenfriede zu bereinigen. Dass der beschriebene Vorfall mit in Deutschland traditionell weit verbreiteten Vorurteilen gegenüber Afrikanern im Zusammenhang stand, die zwar als zivilisatorisch unterlegen galten, aber

134 Bericht über tätliche Auseinandersetzungen mit ausländischen Bürgern in der Nacht vom 7. zum 8.5.1964, BStU, MfS-ZAIG, Nr. 896, Bl. 1–3.

135 Vgl. dazu den Beitrag von Damian Mac Con Uladh in diesem Band.

zugleich wegen ihrer vermeintlich „ursprünglichen“ Sexualität auch als Gefahr für das Überlegenheitsgefühl des „weißen Mannes“ angesehen wurden,¹³⁶ lag vollständig außerhalb jeglicher Vorstellung über interkulturelle Begegnungen im SED-Staat. Offensichtlich waren die DDR-Behörden nicht darauf eingestellt oder unwillig zu erkennen, dass das Zusammenreffen und Zusammenleben von Einheimischen und Fremden auf verschiedene Weise zu Konflikten führen konnte, die auch ohne Segregation der Fremden bewältigt werden können. Diese in der DDR an unterschiedlichsten Orten anzutreffende Haltung der Vertreter des SED-Staates schuf jedoch zusätzlichen Raum für das Ausagieren von Vorurteilsstrukturen, ohne dass deshalb der ideologische Überbau der kommunistischen Staatspartei in Frage gestellt wurde.

6. Ausblick: Die chilenischen Emigranten in den siebziger Jahren

Die bisher geschilderte Form der Unterstützung von „fortschrittlichen Kräften“ im „Kampf gegen den Imperialismus“ spiegelt sich neben der Aufnahme von „polit. Emigranten“ in der DDR auch in der Ausbildung bzw. begrenzten Aufnahme von Mitgliedern und Funktionären weiterer Organisationen bzw. Staaten Afrikas und Asiens wie der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der namibischen SWAPO und anderer Befreiungsbewegungen aus Lateinamerika. Die Grenzen zwischen indirekter Außenpolitik, Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe waren hier weiterhin fließend.¹³⁷ Wiederholt trat auch die Situation ein, dass sich ausländische Auszubildende bzw. Studierende durch die schlagartige Änderung der heimatlichen politischen Machtverhältnisse plötzlich in den Status von Asylsuchenden bzw. „polit. Emigranten“ versetzt sahen. Bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 kam es wiederholt zur Aufnahme verfolgter Einzelpersonen aus den unterschiedlichsten Ländern. Hierbei wie auch sonst galt die Regel, dass vor allem Funktionäre bzw. als zuverlässig geltende Mitglieder der jeweiligen kommunistischen Parteien und so genannten Bündnisorganisationen aufgenommen wurden. Für diesen Personenkreis war es gegebenenfalls auch möglich, mit der Familie in die Emigration zu gehen. Die eigentlichen Spitzenkräfte gingen jedoch häufig nach Moskau bzw. in die Sowjetunion ins Exil.¹³⁸

In jedem Fall erwartete der SED-Staat, dass sich die „polit. Emigranten“ nach der Aufnahme in die DDR maximal an die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen. Überdeutlich wird dies in der vereinheitlichenden Dienstvorschrift zum Umgang mit Ausländern, die 1977 vom Minister des Innern der DDR intern erlassen wurde und die bezüglich der Anforderungen an aufzunehmende Ausländer an Klarheit nichts zu wünschen übrig

136 Vgl. dazu May Opitz, Rassismus, Sexismus und vorkoloniales Afrikabild in Deutschland, in: Katharina Oguntoye/dies./Dagmar Schultz, Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Frankfurt/M. 1992, S. 17–84.

137 Weiterführend und bisher am ausführlichsten zur Entwicklungshilfepolitik der DDR Hans-Joachim Döring, Es geht um unsere Existenz. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien, Berlin 1999.

138 Dieser instrumentelle Gebrauch des Asylrechts entsprach deutlich der Aufnahmepraxis der Sowjetunion in den dreißiger Jahren. Vgl. dazu Reiner Tosstroff, Spanische Bürgerkriegsflüchtlinge nach 1939, in: Claus-Dieter Kroh (Hg.), Exil im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 88–111.

ließ.¹³⁹ Auch wenn man an dieser Stelle in Rechnung stellen muss, dass diese Bestimmungen erlassen wurden, um einen Missbrauch des Asylrechts der DDR-Verfassung und des allgemeinen Aufenthaltsrechts für Ausländer zu verhindern, so bleibt beim Lesen des Dokuments doch die klirrende Kälte der DDR-Leitkultur spürbar. Die darin *ex negativo* vorgestellten Anforderungen an einen jungen, gesunden, moralisch einwandfreien und vor allem arbeitsamen Asylsuchenden hätten wohl weder Lenin im Schweizer Exil noch die Mehrzahl der kommunistischen Emigranten während des durch die NS-Diktatur erzwungenen Exils in aller Welt erfüllen können – ganz abgesehen davon, dass diese Bestimmungen den Anspruch auf politische Arbeit der Emigranten vollständig aussparten. Allerdings eröffneten das fehlende Rechtsstaatsprinzip und die Allgewalt der SED in der DDR immer auch die Option, dass sich die Staatspartei im Zweifel über die erlassenen Gesetze willkürlich hinwegsetzen konnte. So erhielten auch Menschen von der DDR Hilfe, die dem Idealbild eines kommunistischen Helden nicht entsprechen konnten.¹⁴⁰ Zwei Jahre später wurde diese interne Dienstvorschrift mit beinahe identischem Wortlaut die allgemeingültige Rechtsgrundlage für den Aufenthalt von Ausländern in der DDR.¹⁴¹

Die individuelle Rechtlosigkeit von asylsuchenden Ausländern in der DDR und ihre Abhängigkeit von den außenpolitischen Interessen der SED-Führung kontrastierten scharf mit der Bedeutung, die diesen Menschen im Einzelfall in der Propaganda der SED zukommen konnte. Diese insgesamt zwiespältige Haltung der DDR-Führung wie der DDR-Bevölkerung gegenüber diesen repräsentativen Ausländern wurde besonders deutlich, als ab Herbst 1973 chilenische „polit. Emigranten“ in der DDR aufgenommen wurden. Sie flohen nach dem blutigen Militärputsch gegen die gewählte Linksregierung von Präsident Salvador Allende nach Europa¹⁴² und suchten bis Mitte der siebziger Jahre in der DDR Asyl. Mit max. 2.000 Personen waren sie die letzte größere Gruppe von in die DDR einreisenden Asylsuchenden.¹⁴³

Der eingemauerten DDR-Bevölkerung wurden die chilenischen Emigranten als Freiheitskämpfer und Objekte ihrer „Solidarität“ präsentiert, die eine neue Lebensperspektive im SED-Staat gefunden hatten. Diese Vorzeigefamilie aus dem Bilderbuch des proletarischen Internationalismus hatte einfach nichts an sich, was den Innenminister der DDR dazu hätte bewegen können, ihnen die Einreise in die DDR zu verweigern. Es war von vorbildlicher

139 Dienstvorschrift Nr. 41/77 des Ministers des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei über den Aufenthalt von Personen, die nicht Staatsbürger der DDR sind, in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20.12.1976, BStU, MfS-BdL, Nr. 9246, Bl. 1–61, hier Bl. 13–14.

140 Z.B. 1975 bei der medizinischen Betreuung von palästinensischen Flüchtlingskindern in der DDR. Vgl. Erholung für Flüchtlingskinder, in: Neues Deutschland, 19.8.1975.

141 Gesetz über die Gewährung des Aufenthalts für Ausländer in der DDR vom 28.6.1979, Gbl. 1 Nr. 17, S. 149. Vgl. dazu Bernd Hohmann, Zur problematischen Situation des Ausländerrechts in der DDR, in: Norbert Reich/Cengiz Ahrazoglu (Hg.), Deutsche Einigung und EG-Integration. Beiträge und Berichte zur Arbeitstagung deutsch-deutscher Juristen vom 6. und 7. Juni 1990 am Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen (ZERP), in: ZERP-Diskussionspapiere 6 (1990), S. 137–142.

142 Zum Vergleich die Aufnahme chilenischer Flüchtlinge in die alte Bundesrepublik bei Irntrud Wojad/Pedro Holz, Chilenische Exilanten in der Bundesrepublik Deutschland (1973–1989), in: Kroh (Hg.), Exil im 20. Jahrhundert, S. 168–190.

143 Sandra Gruner-Domić, Lateinamerikanische Immigrantinnen in Deutschland vor und nach 1989. Entwicklung, Formen und Motive einer Migration, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 42 (2002), S. 275–293.

Berufsausbildung bzw. Berufsausübung der Eltern die Rede. Die Kinder galten als klug und fleißig in der Schule und politisch pflichtbewusst, wie die ganze kommunistische Familiendynastie.¹⁴⁴ Derartige Berichte wirkten wie die ersehnte Einlösung der mit dem Bild der „polit. Emigranten“ verbundenen Erwartungen, wobei dieses Bild der Fremden zugleich dem Selbstbild der DDR-Elite entsprach. Solche Darstellungen dienten jedoch nicht in erster Linie der Rechtfertigung der Aufnahme von Ausländern in der DDR. Vielmehr richteten Sie sich gerade an die Teile der DDR-Bevölkerung, die dem SED-Staat skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden. Die Ankunft der chilenischen Emigranten sollte als erneuter Beweis für die humanistische Mission des SED-Staates gelten.¹⁴⁵ Zudem konnte auf diesem kurzen Weg demonstriert werden, dass in der DDR weiterhin eine Lebensperspektive zu finden war. Gerade dies war zu einer Zeit, in der die SED-Führung kritische und protestierende Künstler einschüchterte oder sogar aus dem Land trieb, von umso größerer Bedeutung.¹⁴⁶ Entsprechend dienten öffentliche Auftritte von Parteiprominenz und chilenischen Emigranten auf Protestveranstaltungen gegen die Militärdiktatur in Chile zu dieser Zeit nicht nur der Aufwertung der DDR im kapitalistischen, also westlichen Ausland, sondern besonders auch der Demonstration einer grundsätzlichen Übereinstimmung zwischen Parteiführung und Bevölkerung nach innen.¹⁴⁷

Entgegen dem inszenierten Bild von Völkerfreundschaft und Solidarität erschienen die chilenischen Emigranten in den Augen der ab 1961 eingemauerten DDR-Bevölkerung durch ihren politischen Status, die von ihnen bezogenen materiellen Zuwendungen und ihre häufig aufrechterhaltene ausländische Staatsangehörigkeit jedoch als privilegierte Sendboten der Staatspartei, wobei sich allerdings Distanz zum Regime und Sympathie für die Fremden – und umgekehrt – im Einzelfall mischen konnten. Diese gesellschaftliche Realität hatte Konsequenzen für die Wahrnehmung der Ausländer in der DDR. Von entsprechenden Reaktionen in der Bevölkerung wusste das MfS schon 1974 zu berichten:

„Es wurde bekannt, daß im VEB Metallschlauchwerk Zwickau, vor allem in den Abteilungen X und Y [Namen geändert], durch parteilose Arbeiter Diskussionen im Zusammenhang mit der Unterbringung der chilenischen Emigranten in den Neubauwohnungen in Zwickau-Planitz geführt werden. Häufig werden dabei solche Argumente gebraucht, wie: – Warum ausgerechnet die DDR, die sich laufend engagiert, wer gibt denn uns etwas; – wie lange soll die Spendenaktion überhaupt noch gehen. Verstärkt werden derartige Diskussionen im Zusammenhang mit der Zahlung der Jahresprämien in diesen Abteilungen geführt. Dabei sollen sich eine Reihe von Personen nur mit einem geringen Beitrag an der Spendenaktion beteiligt haben, die während der Zeit der Zahlung der Jahresendprämie erfolgte. Darüber hinaus wurde bekannt, daß unter den Studenten an der Ingenieurschule für Textil-Technik Reichenbach Diskussionen darüber geführt werden, daß in Zwickau bereits ausgehandigte

144 Gabi Klotzsche, Die Estays fanden bei uns ein neues Zuhause. Chilenische Patrioten leben und arbeiten in Dresden, in: *Junge Welt*, 25.7.1978.

145 Michael Stolle, Inbegriff des Unrechtsstaates. Zur Wahrnehmung der chilenischen Diktatur in der deutschsprachigen Presse zwischen 1973 und 1989, in: *ZfG* 51 (2003), H. 9, S. 793–813.

146 Vgl. Manfred Krug, *Abgehauen. Ein Mitschnitt und ein Tagebuch*, Düsseldorf 1996.

147 Vgl. *Machtvoller Ruf der Jugend: Freiheit für Luis Corvalan!*, in: *Neues Deutschland*, 15.9.1976.

Wohnungsschlüssel für Neubauwohnungen angeblich zurückgegeben werden mußten, um diese Wohnungen chilenischen Emigranten zur Verfügung zu stellen.¹⁴⁸

Die hier auszumachende Distanz zur Solidaritätspolitik der SED ist nicht allein auf den sicher ebenfalls vorhandenen Neidkomplex der Arbeiter zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Propagandaoffensive der SED waren den chilenischen Emigranten die bisher umfangreichsten staatlichen Unterstützungsleistungen gewährt worden. Sie bekamen die in der DDR der frühen siebziger Jahre so begehrten und knappen Neubauwohnungen, zinslose Kredite in der Höhe von 13.000 bis 18.000 DDR-Mark und je Familiengröße 2.500 bis 5.000 DDR-Mark Überbrückungsgeld.¹⁴⁹ Wie ein Blick in die Sozialstatistik der DDR zeigt,¹⁵⁰ stellte diese Höhe der staatlichen Zuwendungen in den siebziger Jahren mehr als nur ein Almosen dar. Schließlich war die DDR kein westliches Wohlstandsparadies, auch wenn es ihren Bewohnern nicht am Nötigsten fehlte. Der Mangel war allgegenwärtig, denn die Nachfrage in der DDR wuchs ständig schneller als das Angebot. Jede Sonderzuteilung schuf deshalb immer auch Mangel und damit potentiell auch Neid an anderer Stelle.¹⁵¹

Vor diesem Hintergrund war es in der DDR der siebziger Jahre nicht alltäglich, sondern ein Privileg, vom Staat schnell eine Neubauwohnung zugewiesen zu bekommen. Dass Kritik an dieser Praxis Gegenstand von Gerüchten und Inhalt von Geheimdienstberichten war, verdeutlicht den geschlossenen Charakter der Gesellschaft in der DDR.¹⁵² Gerüchte über weitergehende Privilegien, wie z.B. den Bezug von Devisen, konnten in den Augen von Teilen der DDR-Bevölkerung durchaus plausibel erscheinen.¹⁵³ Hinzu kam, dass diese Ausländer ihre Pässe aus dem Herkunftsland behielten und so ein reger Reiseverkehr über Westberlin nach Westeuropa zu anderen chilenischen Emigranten einsetzte, ein weiteres Privileg, das für DDR-Bürger unerreichbar blieb.

148 MfS-Information vom 1.4.1974 über Diskussionen im Zusammenhang mit der Unterbringung chilenischer Emigranten in der Stadt Zwickau, BStU-Außenstelle Chemnitz, BV Karl-Marx-Stadt CAKG, Nr. 53, Bl. 422–423.

149 Politbürositzung vom 27. März 1979, Tagesordnungspunkt 2: Grundsätze zur Behandlung griechischer Bürger, die als politische Emigranten in die DDR aufgenommen wurden, und ihrer Angehörigen, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 1771, o. Bl.

150 Zum Wohnungsbestand der DDR: Untersuchungsberichte des Instituts für Städtebau und Architektur, Bauakademie der DDR, Berlin, zitiert nach Gunnar Winkler (Hg.), Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990, S. 158. Zum Geldeinkommen der DDR-Bevölkerung: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, zitiert nach Mathias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bonn 1998, S. 191.

151 Burghard Ciesla/Patrice G. Poutrus, Food Supply in a Planned Economy: SED Nutrition Policy Between Crisis Response and Popular Needs, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York u.a. 1999, S. 143–162.; Vgl. auch Dokumentationszentrum Alltagskultur (Hg.), Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und P2“, Eisenhüttenstadt 1996.

152 Zum Thema Gerüchte vgl. Jean-Noël Kampfer, Gerüchte. Das älteste Massenmedium der Welt. Aus dem Französischen von Ulrich Kunzmann, Leipzig 1996; zum Thema MfS vgl. Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart u.a. 2001.

153 Solche Gerüchte betrafen Ausländer in der DDR insgesamt, vgl. Michael Feige, Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS, hg. v. der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1999, S. 85f.

Die so entstehende Distanz zu den Fremden fand aber auch ihre Entsprechung in der Perspektive des SED-Staates und seiner Sicherheitsorgane. Gerade das Maß an relativer Unabhängigkeit und die politische Aktivität in eigenen Organisationen machte die chilenischen Emigranten auch zu einem potentiellen Sicherheitsrisiko für die DDR-Behörden. Noch problematischer als der Reiseverkehr nach Westen erschien der SED und dem MfS jedoch, dass aus Chile nicht nur Kommunisten in die DDR einreisten, sondern Vertreter der gesamten *Unidad Popular* (Volksfront), von Sozialisten bis hin zu Mitgliedern der Radikalen Partei.¹⁵⁴ Diese Gruppierungen waren mit ideologisch begründeter Parteidisziplin nicht in die im SED-Staat herrschenden Verhältnisse einzubinden und gingen politisch deutlich eigene Wege. Dies war in den politischen Vorstellungen der SED wie auch in den abgeleiteten Dienstvorschriften des MfS nicht vorgesehen und bedeutete in der Misstrauensgesellschaft DDR den sicherheitspolitischen Supergau. Vor dem Hintergrund dieser Betrachtungsweise verblichen alle Postulate der „internationalen Solidarität“.¹⁵⁵

Es war von der Staatspartei durchaus gewollt, dass sich die „Erfahrungen“ mit Fremden für die allermeisten DDR-Bürger auf die eher unfreiwillige Mitgliedschaft in entsprechenden Massenorganisationen und von „oben“ inszenierte Rituale reduzierten: Die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, die „Solidaritätskomitees“, die „Liga für Völkerfreundschaft“ oder die Gewerkschaften sollten die Bürgerinnen und Bürger für den „proletarischen Internationalismus“ mobilisieren – dies aber eher auf einer formalen Ebene, etwa durch Beitragssammlungen oder Massenpetitionen. Unaufgefordertes Engagement galt als grundsätzliche Gefährdung des SED-Staates. Darüber hinaus wandelte sich mit der Zeit die Haltung der Sicherheitsorgane der DDR auch gegenüber den „Polit-Emigranten“ grundsätzlich. Während es am Beginn noch um den Schutz der Flüchtlinge vor weiterer Verfolgung ging, galten diese mit fortdauerndem Aufenthalt nun entweder als potentielle Kandidaten für die Zusammenarbeit mit dem MfS oder als dessen potentielle Feinde.¹⁵⁶

So kam der Argwohn der Bevölkerung dem Misstrauen der Staatsmacht entgegen. Dies konnte noch in der DDR auch für die „guten Ausländer“ zum Problem werden:

„Inoffiziell wurde zu dem o.g. Mitglied der sozialistischen Partei Chiles und der Militärischen Kommission dieser Partei berichtet, daß es zwischen ihm und Angehörigen der Deutschen Volkspolizei in Berlin zu Handgreiflichkeiten gekommen sein soll. [geschwärzt] hätte sich wegen einer in Berlin bevorstehenden Zusammenkunft der Militärischen Kommission dort aufgehalten und wäre dort bei der Anmeldung in einem Hotel bereits bei der Rezeption abgewiesen worden. Auf Grund dessen, daß er sich nicht mit der Erklärung zufrieden gab, daß keine Zimmer mehr frei seien und sich daraus ein Wortwechsel entwickelte, informierte diese Einrichtung die VP. Bei deren Erscheinen bat [geschwärzt] darum, zur Dienststelle geführt zu werden, um ein Protokoll aufzusetzen. Das sei ihm verweigert worden, er sei aber in das Dienstauto der VP gestoßen und dort geschlagen worden, so daß nach seiner Rückkehr nach Je-

154 Schutz, Sicherung und abwehrmäßige Behandlung der chilenischen politischen Emigration in der DDR, 1.3.1977, Ministerium für Staatssicherheit, der Minister, BStU, MfS-HA II/6, Nr. 2159, Bl. 1–4.

155 Vgl. Jost Maurin, Die DDR als Asylland. Flüchtlinge aus Chile 1973–1989, in: ZfG 51 (2003), H. 9, S. 814–831.

156 Vgl. dazu Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, S. 304ff.

na Spuren der Knebelketten am Handgelenk und von Schlägen im Gesicht (blutunterlaufenes Auge) erkennbar gewesen sind. Die Angehörigen der VP hätten ihm auch danach die Aufnahme eines Protokolls verweigert und ihm die Erklärung gegeben, sie hätten ihn mit einem Araber verwechselt. [geschwärzt] will sich deswegen bei der Partei beschweren. Von mehreren inoffiziellen Quellen wird [geschwärzt] als ruhiger und besonnener Mensch charakterisiert.“¹⁵⁷

Öffentliche Solidaritätsbekundungen und Heldenberichte in der Presse waren offenkundig auch für die „polit. Emigranten“ in der DDR kein Schutz vor Diskriminierung durch Hotelpersonal und gewalttätige Übergriffe von Angehörigen der Volkspolizei. Aus den betreffenden MfS-Akten konnte nicht ermittelt werden, dass es zu weitergehenden Untersuchungen des Vorfalls oder gar Sanktionen gegen die Beteiligten gekommen wäre. Bemerkenswert ist auch die auf ausgeprägte Vorurteilsstrukturen hinweisende Rechtfertigung der Polizisten, die keinerlei Ansatz eines Schuldbewusstseins erkennen lässt. Doch lassen die Umstände darauf schließen, dass auch im Alltag des SED-Staates die vermutete Herkunft eines Ausländers über seine mehr oder weniger respektvolle Behandlung entschied. In den achtziger Jahren machte es dann nur noch einen geringen Unterschied, ob man ein guter „polit. Emigrant“, ein ausländischer Student oder ein Vertragsarbeiter war. So berichtete das MfS zu dieser Zeit, dass die Stimmung in der DDR zunehmend offen ausländerfeindlich wurde.

„In der letzten Zeit gibt es verstärkt negative Diskussionen durch die DDR-Bevölkerung hinsichtlich des Aufenthalts von Ausländern. Dies liegt darin begründet, daß die im Bezirk aufhältigen [sic] Ausländer zum Teil durch ungenügende Einstellung zur Arbeit, Disziplinverstöße, kriminelle Handlungen, ruhestörenden Lärm in den Wohngebieten diese Reaktionen herausfordern.“¹⁵⁸

Auf sinnfällige Weise berühren sich hier die Erwartungen von Staatspartei und Bevölkerung gegenüber Ausländern im Allgemeinen, was die „polit. Emigranten“ immer mit einschloss. Letztlich erwarteten SED-Staat wie Bevölkerung, dass die Fremden in der DDR-Gesellschaft als solche nicht in Erscheinung traten. In nicht wenigen Fällen zogen auch chilenische Emigranten aus dem daraus für sie resultierenden Druck Konsequenzen. Diejenigen, die nicht resignierten oder zu keinem Arrangement bereit waren, handelten dann wie schon viele DDR-Bürger vor ihnen und verließen die DDR.¹⁵⁹ Allerdings überschritten sich in den späten achtziger Jahren die Fluchtwege nach Westen mit den Versuchen einer organisierten Rückkehr in die chilenische Heimat. In beiden Fällen stellte die Emigrationserfahrung in der DDR keine günstige Voraussetzung zur Wiederaufnahme einer politischen Tätigkeit dar. Auf spezifische Weise hatte sich das sozialistische Projekt für Chile nicht nur im Land

157 Chilenische politische Emigration in Jena – Vorkommnis im Zusammenhang mit dem PE [geschwärzt], [geschwärzt], 26.3.1979, BStU, Archiv der Außenstelle Gera, BV Gera, Abt. II, Nr. 5880, Bl. 22.

158 Analyse über den Stand und Ergebnisse der politisch-operativen Sicherung sich ständig und zeitweilig in der DDR aufhaltender Ausländer, der vorbeugenden Verhinderung ihres Missbrauches für feindlich-negative Handlungen sowie ihrer politisch-operativen Nutzung, 27.9.1982, BStU Außenstelle Chemnitz, BV Karl-Marx-Stadt Abt. II, Nr. 43, Bl. 8.

159 Chilenische politische Emigration in Jena – Zur Situation unter den PE: Tendenz der Übersiedlung nach anderen Staaten, 7.6.1979, BStU, Archiv der Außenstelle Gera, BV Gera, Abt. II, Nr. 5880, Bl. 13–14.

selbst erledigt, sondern auch in der Emigration für eine Mehrheit der Geflüchteten seine Bedeutung verloren.¹⁶⁰

7. Fazit

Auch wenn die hier vorgestellten Ergebnisse nur ein grobes Bild liefern und es von diesem vorläufigen Punkt aus schwer ist, generalisierend zu argumentieren, so erscheinen – aus der Vogelperspektive betrachtet – SED, DDR-Bevölkerung und „polit. Emigranten“ bzw. Fremde als historische Akteure in der durch die staatssozialistische Diktatur begrenzten Gesellschaft in eine trianguläre Beziehungsstruktur eingebunden. Dieses sozialhistorische Feld wird von mir mit Hilfe des Diagramms unten erläutert und veranschaulicht. Die Rahmung markiert in diesem Fall nicht allein die grafische Grenze der Darstellung, sondern beschreibt zugleich auch die Systemgrenze, welche als notwendige und keinesfalls nur symbolische Basis für die gezeichnete Akteurskonstellation zu denken ist. Der Vorteil in dieser Darstellungsform liegt in der Möglichkeit, die so bezeichnete Situation nicht in einer Abfolge, sondern in ihrer Gleichzeitigkeit anschaulich machen zu können.

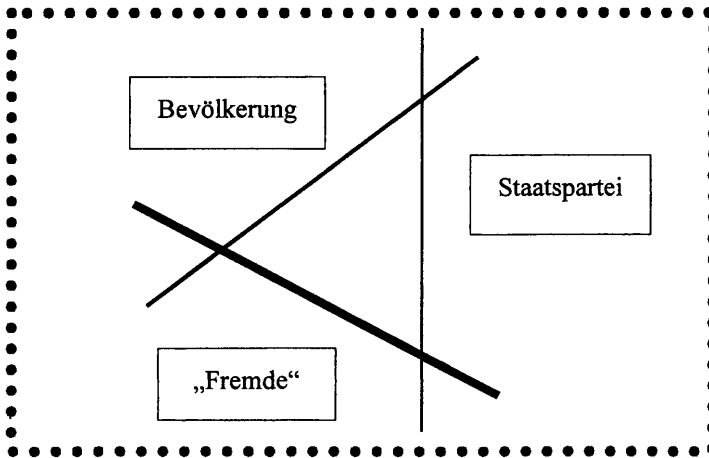


Diagramm 1: Trianguläre Beziehungsstruktur im Staatssozialismus

Im Konflikt um ideelle und materielle Ressourcen innerhalb der DDR-Gesellschaft entstanden im historischen Verlauf verschiedene bzw. sich ablösende Koalitionen zwischen den drei Polen, die in jedem einzelnen Fall wiederum zu unterschiedlichen bzw. zu neuen Kräftekonstellationen führten. Durch dieses Modell werden die Dynamik der gesellschaftlichen

¹⁶⁰ Vgl. dazu Katherine Hite, „When the Romance Ended“. Leaders of the Chilean Left, 1968–1998, New York 2000, S. 45.

Prozesse sowie die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den Akteuren dargestellt, die – je länger die staatssozialistische Diktatur bestand, desto intensiver – die Herrschaftspraxis des SED-Staates auf dem Feld der Gewährung von politischem Asyl in der DDR mitbestimmten. Es verdeutlicht die bestätigte Prämisse eines konfliktbeladenen Verhältnisses zwischen Herrschaft und Gesellschaft und zwischen Fremdem und Eigenem im Staatssozialismus. Daraus folgt, dass die insgesamt widersprüchlichen und fragilen Grundlagen der diktatorischen SED-Herrschaft letztlich die Existenz von Fremden in der DDR bestimmten.

Für den Fall der polit. Emigranten bedeutete das, dass diese durch die Überschreitung der Demarkationslinie zwischen Ost und West in der Zeit der Blockkonfrontation in Europa eine äußere wie innere Mehrdeutigkeit erfuhren. Ihre zumeist kommunistische Gesinnung verband sich mit einer emotionalen Bindung an die verlassene Heimat und einer politischen Loyalität gegenüber dem SED-Staat. Dies vertrug sich schlecht mit der letztlich doch vorherrschenden nationalen Orientierung und dem eingegrenzten Lebenshorizont der DDR-Gesellschaft. Trotz der Lehre vom „proletarischen Internationalismus“ waren die „polit. Emigranten“ keine gleichberechtigten Mitglieder einer transnational gedachten sozialistischen, sondern geduldete Gäste einer national definierten deutschen Gemeinschaft. Es zeichnete sie – sowohl in ihrer Selbstdefinition als auch in der Wahrnehmung durch den SED-Staat und die DDR-Bevölkerung – eine „Mehrfachcodierung von personaler Identität“¹⁶¹ aus, die sie zu einer Randgruppe in der nationalen Gemeinschaft von DDR-Deutschen machte. Die notwendige Folge waren Konflikte, in denen sich die Ausländer – auch und gerade die „polit. Emigranten“ – in einer institutionell abhängigen und somit schwachen und letztlich gefährdeten Position befanden. Nicht selten unterlief die gesellschaftliche Praxis der Asylgewährung und Flüchtlingsaufnahme gerade jenes allgemeine Schutzgebot, das dem säkularen Asylrecht zu Grunde liegt. Damit befand sich das politische Asyl in der DDR auf einer eigentümlich ambivalenten Position zwischen Flüchtlingsabwehr und generöser Asylgewährung.

Der damit von der SED für sich selbst reklamierte Anspruch auf „gesellschaftlichen Fortschritt“ durch den „Kampf gegen den Imperialismus“, d.h. gegen den kapitalistischen Westen, war allerdings nicht nur reine ideologische Etikette. Vielmehr war er eines der Prinzipien, mit denen die SED ihre Herrschaft in der DDR über ihre vierzigjährige Existenz hinweg rechtfertigte.¹⁶² Diese fundamentale Bedeutung verstärkte zugleich aber den Unwillen des SED-Regimes, sich im Grundsatz wie im Einzelfall mit den Schwierigkeiten im Zusammenleben von Einheimischen und Fremden auseinanderzusetzen. Entscheidend für den Umgang mit Fremden im Staatssozialismus war die mit der Totalität des marxistisch-leninistischen Herrschaftsanspruchs verbundene Homogenitätsvorstellung der kommunistischen Staatspartei, die sich aber keineswegs nur den professionellen Exegeten der SED-Ideologie erschloss. So war nicht das Postulat des universalen Menschheitsfortschritts, sondern die dahinter liegende dichotomische Struktur des Klassenkampfes für den Umgang mit Fremden im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ grundlegend. Für DDR-deutsche Kommunisten

161 Elisabeth Bronfen/Benjamin Marius, *Hybride Kulturen. Einleitung zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*, in: dies. (Hg.), *Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*, Tübingen 1997, S. 1–29, hier S. 7.

162 Vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Revolution und Stabilität in der DDR 1945–1989*, Frankfurt/M. 1992.

wie auch für einfache DDR-Bürger war es unter Berufung auf den „proletarischen Internationalismus“ durchaus möglich, im Alltag fremdenfeindliche Vorurteile bzw. nationalistische Stereotypen bedenkenlos zu benutzen, ohne dadurch in Konflikt mit der „sozialistischen Staatsmacht“ zu geraten.

Diese Ergebnisse wiederum verweisen auf den bisher in der DDR- und Kommunismusforschung noch zu wenig beachteten Zusammenhang von Staatssozialismus und Nation.¹⁶³ Daran anschließend und mit Bezug auf die grundlegende Studie Gérard Noiriels über die Geschichte des politischen Asyls in Europa stellt sich letztlich die Frage nach der vermeintlichen oder tatsächlichen Besonderheit des Asyls in der DDR im europäischen bzw. innerdeutschen Vergleich.¹⁶⁴ Eine so ausgerichtete kontrastierende historische Betrachtung der Asylpraxis in der DDR und der Bundesrepublik vor 1989 steht aber noch aus. Sie könnte zugleich auch die bisher auf Westdeutschland beschränkte Zeitgeschichtsforschung zum Umgang mit Fremden überwinden,¹⁶⁵ ohne dass deren Eigengewicht für die gesamtdeutsche Entwicklung in Frage gestellt würde. Vielmehr könnte sie als Detailstudie zur deutschen Asylgeschichte im Kalten Krieg den von Christoph Kleßmann umgesetzten Ansatz einer innerdeutschen Parallelgeschichte wieder aufnehmen.¹⁶⁶

163 Dazu sehr erhellend Frank Hadler, Drachen und Drachentöter. Das Problem der nationalgeschichtlichen Fixierung in den Historiografien Ostmitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Christoph Conrad/Sebastian Conrad (Hg.), Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 137–164.

164 Gérard Noiriel, Die Tyrannei des Nationalen. Sozialgeschichte des Asylrechts in Europa, Lüneburg 1994.

165 Vgl. zuletzt die hervorragende Darstellung von Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, die trotz ihres Titels keinen Abschnitt zur Geschichte der Arbeitsmigration in die DDR enthält.

166 Vgl. Christoph Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988; ders., Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APuZ B29-30 (1993), S. 30–41. Dazu als erster Versuch: Patrice G. Poutrus, Asyl im Kalten Krieg. Eine Parallelgeschichte aus dem geteilten Nachkriegsdeutschland, in: Totalitarismus und Demokratie 2/2005, Themenheft: Fluchtpunkt Realsozialismus – politische Emigranten in Warschauer Pakt-Staaten, Göttingen 2005 (im Druck).